

Bezugspreis:

Erhältlich 25,50 M., monatlich 8,50 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags und Montags ruht.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schweizerische Rouporellzeitschrift „Achtung“ ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 29. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 11753-54.

Der „Frontbund“ und seine Werber.

Es geben uns weitere Mitteilungen über die Organisation des „Frontbundes“ zu, der in Berlin augenscheinlich eine lustige ...

Außer der schwedischen Arbeiterbewegung kommen noch Spender aus den Reihen der Hamburger und Bremer Großkaufleute. ...

Ein Freund unseres Blattes hatte Gelegenheit, mit dem schon erwähnten Werber, dem Sergeanten Stollberg, zu sprechen. ...

Stollberg behauptet rüchlos, daß die über ihn veröffentlichten Artikel vollkommen stimmen; die Regierung wird ganz bestimmt gestürzt werden. ...

Nichtige und gefällige, mit der Unterschrift des Hauptmanns v. Pfeffer versehene Ausweise für alle möglichen Zwecke hat Stollberg in Halle und Jülich bei sich, ...

Bisfeldweber zum Tode verurteilt zu sein, aber sich der Strafe durch Flucht entzogen zu haben.

Auch sein Komplize, der Offizier-Heilvertreter Eiser, reist mit falschen Ausweisen in Deutschland herum. ...

Der „Vertrauensmann“ des Frontbundes für Berlin ist der auch als Werber tätige Gefreite Arnold, der in der Gubener Str. 34 bei Mann wohnt.

Die ganze Organisation des Bundes macht augenscheinlich den Eindruck des Unfertigen und in der Hast Zusammengepackten. ...

Um keinerlei Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß gerade der Sozialdemokratie nicht fern liegen kann, als eine wirtschaftliche Sicherheit der Reichstruppen zu unterbinden. ...

Das Reichswehrministerium steht übrigens, wie es in der Pressekonferenz am Freitag mitteilen ließ, auf dem Standpunkt, daß die Verfassung auch den Soldaten das Vereinsrecht gewähre. ...

Große Kammerdebatte über Hythe in Paris. Ein „Sozialist“ als Scharfmacher. — Millerands Erklärungen.

Paris, 28. Mai. In der heutigen Kammerdebatte begründete der dissidente Sozialist Paul Aubriot die Interpellation über die Festschließung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. ...

Der konservative Abgeordnete Baudry d'Asson verdrückte zu Beginn über die Interessen Frankreichs im Orient zu sprechen, wurde aber vom Ministerpräsidenten unterbrochen. ...

Millerand erklärte, in den bisherigen Unterhandlungen sei noch keine Verpflichtung übernommen worden, die Offizierten gingen nach Spa als Fordernde, aber nicht als Verteidiger, mit vollkommen freien Händen, über die Ausführung des Friedensvertrages, aber nicht dessen

Reduktion zu erzielen. Die Entwaffnung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. ...

Die letzten vier Monate, seitdem er sein schweres Amt aufgab, hätten ihn davon überzeugt, gegenüber welcher ungeheuren Schwierigkeiten die Urheber des Vertrages sich befinden hätten. ...

Putsch und Wahlen.

Die neuen Putschvorbereitungen militärischer Desperados sind durch unsere Enthüllungen so offenkundig geworden, daß alles Ableugnen vergeblich ist. ...

Leute, die sich aus Berechnung naiv stellen, mögen fragen, was denn weiter daran sei, wenn sich Offiziere zur Bekämpfung umstürzlerischer Umtriebe bereitwilligen. ...

Wer ist die amtliche Stelle, deren Aufforderung abgewartet werden soll? Ist es die verfassungsmäßige Regierung oder ist es irgendein Hanswurst, der sich unter den Linden von einem Trompeter zum Reichszwanzler anrufen läßt? ...

Aber noch mehr, man will ja die Aufforderung der „amtlichen Stelle“ nicht einmal abwarten, sondern einfach mit der Bildung einer bewaffneten Macht vorgehen. ...

In einem geordneten Staatswesen führt die Obrigkeit das Schwert und niemand sonst. Wer in ihrem Auftrag Waffen trägt und sie nach ihren Befehlen gebraucht, ist ein Soldat. ...

Solange dieser Grundgedanke nicht unter ganzes öffentliches Leben durchdringt, solange er nicht ganz besonders allen Offizierskreisen eingepaukt ist, solange werden wir zu einem geordneten Staatsleben nicht gelangen. ...

Ein Verein, der sich, wie der Nationalverband Deutscher Offiziere, mit der Bildung bewaffneter Gassen beschäftigt — das und nichts anderes sind die geplanten Offizierskompagnien — verstößt durch seine Tätigkeit gegen das Strafrecht und muß dementsprechend bestraft werden. ...

Es zeigt sich, daß noch immer eine Offiziersorganisation besteht, die einen Staat im Staate bildet, die ihre eigene Politik verfolgt, ihren eigenen Stabschefdienst und ihre Logik hat. ...

Daß sich die Rechtspresse bis zu der blödsinnigen Lüge versteigt, die Sozialdemokraten planten einen gewalttätigen Angriff auf die Verfassung, läßt nur auf die Notwendigkeit schließen, das nächstmal auch unter den Sozialdemokraten nach der berüchtigten Methode „Fluchtversuch“ gründlich aufzuräumen. ...

Heute haben sogar die Unabhängigen und die Kommunisten begriffen, daß jeder Versuch von Gewaltanwendung ein Verbrechen an der Arbeiterklasse wäre, und man braucht dem Unterrichteten nicht erst versichern, daß die Sozialdemokratie, die diese Erkenntnis zuerst gepredigt hat, an politische Einfachheit hinter jenen beiden Gruppen nicht zurücksteht. ...

Die früheren Putschpläne von links haben offenbar verstanden, was dem Scharfblick der Rechtsputschisten anscheinend bisher entgangen ist, daß die gewalttätige Verhinderung der Wahlen kein verfassungsrechtliches Vakuum schaffen, sondern nur die Lebensdauer der Nationalversammlung verlängern würde. ...

ebenfalls vergeblich bleiben, wie der erste, der von Kapp und Genossen unternommen wurde.

Dah die deutsche nationale und deutsch-volksparteiliche Presse das Spiel der Militärputschisten mitspielt und die Deffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen versucht, nimmt nach allem Vorhergegangenen nicht mehr Wunder. Dazu bedarf es nicht einmal eines besonderen Geheimvertrags, der bestehende genügt schon, um ein reibungsloses Hand-in-Hand-Arbeiten zu sichern.

Den Organen aber, die dazu berufen sind, die republikanische Staatsordnung zu schützen, sei wieder und wieder gesagt, daß man gegen die Treibereien, die sie bedrohen, mit Schwächlichkeit nicht durchkommt. Solange man die gewissenlosen Spieler nicht merkt und fühlen läßt, daß die Autorität der demokratischen Republik durch den Willen des Volkes fest ausgerichtet steht, und daß ihre Weisheit dazu da sind, um von jedem Mann beachtet zu werden, solange wird es nicht möglich sein, die innere Ruhe, die wir zum Wiederaufbau dringend brauchen, sicherzustellen. Möge das Volk am 6. Juni die Voraussetzungen schaffen für die unentbehrliche starke Regierung der Demokratie. Es liegt in der Hand des Volkes, durch eine gründliche Abrechnung mit allen Feinden der Republik allen Futtschgefahren ein für allemal das Lebenslicht anzublasen.

Paasches Ermordung.

„Wie ein gehehntes Wild.“

Von einem genauen Kenner der persönlichen und örtlichen Verhältnisse, der nach der Ermordung Paasches die Gegend bereist und alle in Betracht kommenden Personen gesprochen hat, wird der „Vossischen Zeitung“ ein Bericht gegeben, dem wir folgendes entnehmen:

Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Mord militärischerseits so vorgenommen worden ist, daß er eigentlich gar nicht anders enden konnte, wie er geendet hat. Als Hans Paasche von dem Gendarmen in möglichst harmloser unauffälliger Weise von dem acht Minuten vom Wohnhaus entfernten See im Badeanzug herbeigeführt war, und nun etwa hundert Meter vor dem Hause plötzlich die Situation erkannte, war er seinen Verfolgern bereits ausgeliefert. Der befehlgebende Offizier, dessen Name immer noch nicht ermittelt ist, hatte den strikten Befehl gegeben, jeden niederzuschießen, der laufend hysternend auf dem Grundstück betreten werde. Die aufgestellte Postenkette hatte Hans Paasche noch nicht überschritten. Offenbar hatte er aber in diesem Moment die Ratlosigkeit, daß er von allen Seiten bedroht war, mit einem Witz erfaßt. Er sah Stoßhelme, sah auf sich gerichtete Gewehrläufe, und es soll der Ruf ausgehoben worden sein: „Da ist er, schießen!“ Und so hat der Verfolgte das getan, was gleichsam als Reflexbewegung jeder in solcher Lage Befindliche tun würde: er hat Deckung gesucht und ist, da er von allen Seiten die Posten sah, den Waldabhang heruntergesprungen, wo er einweilen keinen Verfolger wählte; nicht um zu fliehen, das wäre ja heller Wahnsinn gewesen, sondern um vor den Augen sicher zu sein. Er hatte sich getäuscht; denn gerade an der Stelle, auf die er heruntersprang, standen auch Posten, die er in den kurzen Sekunden nicht gesehen hatte. Es war ein gehehntes Wild, das Rettung vor seinen Jägern sucht. Alles das ist durch das Zeugnis des Hauspersonals und der Hausdame unschwer zu erweisen. Als das Hauspersonal die Umstellung des Hauses und das große militärische Aufgebot bemerkte, wollte es Paasche am See benachrichtigen. Die Leute wurden aber schwer bedroht, wenn sie es wagen würden, die Postenkette zu überschreiten.

Der Einsender stellt weiter fest, daß zurzeit der Ermordung der Belagerungszustand bereits aufgehoben, das ganze militärische Aufgebot daher ungesetzlich war. (Zm übrigen muß jetzt selbst der „Lokalanzeiger“ feststellen, daß gegen Paasche ein Haftbefehl gar nicht vorlag, also von „Blutvergißung“ keine Rede sein kann.)

Ueber die Injenzentrierung der ganzen Hezjagd auf Paasche

schreibt der Gewährsmann der „Vossischen Zeitung“ folgendes:

Es wurde gegen Hans Paasche, dessen „Aktion“, wie sich herausgestellt hat, eine rein pazifistische und antimilitaristische, aber im Grund durchaus unpolitische war, und gegen den nicht das geringste Material vorlag und heute vorliegt, bei dem auch nicht das mindeste Belastende vorgefunden wurde, ein richtiges großes militärisches Verbrechen mit allen dazu gehörigen Maßnahmen inszeniert, um dadurch auch die Teilnehmer, die Soldaten, in die richtige „Stimmung“ zu versetzen und auf die ungeheure „Gefährlichkeit“ des zu jagenden Wildes hinzuweisen. Das nächste Heranschleichen der Truppenmacht, das Abschneiden der Telephone bei den umliegenden Dörfern, das ja natürlich völlig sinnlos war und nur die Wichtigkeit des Vorhabens unterstreichen sollte, die Mitführung eines Maschinengewehrs, die ganze Ausrüstung der Mannschaften, das alles wäre ja nur grotesk komisch, wenn es nicht so furchtbar wäre.

Wann wird die Deffentlichkeit endlich die Namen derer erfahren, die für das ganze Vorgehen verantwortlich sind?

Rache-Schulz in Odenburg.

Erziehung verfassungstreuer Truppen durch Kappisten.

Odenburg, 28. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Odenburger Reichswehr-Regiment Nr. 110, das sich bei dem Kapp-Putsch sofort auf den Boden der Verfassung stellte und gemeinsam mit der hiesigen Bevölkerung für Ruhe und Ordnung sorgte, soll von Odenburg nach Celle verlegt werden. Dafür ist gestern nacht das Schützenregiment 207, das sog. Freikorps Schulz, in Odenburg eingerückt. Die gesamte Bevölkerung, besonders die Arbeiterschaft ist aufs äußerste erregt über den Einmarsch dieser Truppen. Die sozialdemokratische Parteileitung und der Landesarbeiterrat haben durch Telegramm an den Reichswehrminister und den Reichspräsidenten Geert die sofortige Zurückziehung dieser Truppen geordert, da dem Freikorps Schulz ein sehr zweifelhafter Ruf vorausgeht. Das Freikorps ist aus dem Ruhrgebiet hier eingerückt. Sein Verbleiben würde in Odenburg den Generalstreik zur Folge haben.

Aufreizung zum Ungehorsam.

Wie der „Landbund“ Kappisten schürt.

Aus der Hanau wird uns geschrieben: Gegen den Landrat Sched. des Kreises Friedeberg (Hanau) ist beim Untersuchungsausschuß ein Verfahren wegen seines herausfordernden Verhaltens in den Kapp-Tagen anhängig. Landrat Sched hat bereits einen vierzehntägigen Urlaub angetreten, und es ist zu erwarten, daß das Verfahren mit seiner völligen Abfertigung enden wird, da sehr belastendes Material gegen ihn vorliegt. Nun aber ist Herr Sched ein Schützer erstanden, der Landbund. Die „Driesener Zeitung“ (Nr. 129) berichtet über eine Versammlung des Kreisverbandes Friedeberg des Brandenburgischen Landbundes, die am Dienstag vor acht Tagen in Friedeberg stattfand, um zu der zu erwartenden Abfertigung des Landrats Sched Stellung zu nehmen. Der Bericht sagt wörtlich:

Die vorerwähnten Angehörigen aller Gemeinden waren einmütig der Ansicht, daß man dieser Herausforderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung seitens der jetzigen Parteiregierung unter allen Umständen entgegenzutreten müsse. Dies solle sich die Regierung gelte sein lassen, wenn sie wirklich ihre Absicht ausführen und Landrat Sched absetzen würde. Die Amts-, Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises Friedeberg würden, wie die des Kreises Westprignitz, einfach den neuen Landrat nicht anerkennen, infolgedessen jeglichen amtlichen Schriftverkehr mit ihm und die Ausführung seiner Verfügungen ablehnen.

An dieser Erklärung ist ein Doppeltes interessant: Einmal, daß der Landbund ganz offen Kappisten deckt und jobann, daß er zu diesem Zweck auch vor der strafbaren Aufreizung zum Ungehorsam und zur Verletzung der Beamtenpflichten nicht zurückschreckt.

Was meint der Herr Staatsanwalt zu diesem Vorgehen?

Kein Vereinigungsrecht für Berufssoldaten?

Eine zweischneidige Maßnahme.

Wie ein Spätabendblatt meldet, planen „möglichende Stellen“ eine Einschränkung des Vereinigungsrechtes für Berufssoldaten, und zwar soll die Gründung des „Frontbundes“ die Ursache hierzu sein.

Wir stehen dieser Maßregel äußerst skeptisch gegenüber. Der Frontbund läßt sich schon jetzt auf Grund einfacher strafrechtlicher Bestimmungen verbieten, da er verbrecherischer Ziele verdächtig ist, wie Reuterei, Hochverrat usw. Eine Einschränkung des Vereinigungsrechtes der Berufssoldaten aber würde sicher nicht ein Vorgehen gegen den Frontbund zur Folge haben, sondern in erster Linie dazu dienen, die treu auf dem Boden der Verfassung stehenden Organisationen, wie den Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten, den Republikanischen Führerbund, die Offiziersvereinigung der Republik usw. restlos aus der Reichswehr auszurotten.

Dabei gestatten wir uns eine Anfrage. Wenn nach Ansicht der möglichenden Stellen heute keine rechtliche Möglichkeit besteht, gegen den Frontbund einzuschreiten, wie konnte es da geschehen, daß bei unglücklichen Truppenteilen die Mitgliedschaft bei dem Republikanischen Führerbunde verboten wurde?

Für eine Beantwortung dieser Frage wären wir dem Reichswehrministerium außerordentlich dankbar.

Preissturz und Gemeindegewirtschaft.

Eine Resolution des Frankfurter Gewerkschaftskartells.

Frankfurt a. M., 28. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Preissturz in allen Waren hält unermindert an. Bohnen, die vor einer Woche noch 4 M. das Pfund kosteten, sind heute schon für 1,85 M. erhältlich. Dem Frankfurter Konsumverein wurden, wie Direktor Gen. Liebmann im Gewerkschaftskartell ausführte, größere Mengen Schmalz mit 10 M. das Pfund im Kleinhandel kosteten, wurden mit 2,50 M. angeboten. Auch die Preise für Stiefel haben eine nicht unbeträchtliche Senkung erfahren. Kritisch für die Kommunen wird nun aber die Lage auf dem Getreidemarkt. Die Städte haben ihre Getreide- und Margarineanlager mit großen Warenmengen gefüllt; die Preise jedoch, die für Margarine und Fett beim Einkauf bezahlt wurden, sind heute teilweise 30-40 Proz. unter den Einkaufspreis zurückgegangen. Mit einem schnellen Abzug der Getreide durch die Stadtverwaltungen kann bei diesen Preisstürzen, die sich förmlich überziehen, nicht mehr gerechnet werden. Es wird gegenwärtig an den maßgebenden Stellen die sofortige Freigabe des Fett- und Margarinehandels erwogen. Gleichlaufend mit dem Preissturz ist eine beträchtliche Kaufkraft, die lähmend auf den ganzen Handel wirkt. Die rationierten Lebensmittel werden kaum noch abgenommen. Der Schleichhandel, der besonders im Frankfurter Wirtschaftsgebiet seine üppigsten Blüten trieb, ist so gut wie tot — im Augenblick wenigstens, da das Publikum jede Gelegenheit zum Kauf frist abliebt. Das Gewerkschaftskartell nahm am Donnerstagabend eine Entschliessung an, in der es heißt: Das Kartell kommt nach eingehender Aussprache zu dem dringenden Verlangen, daß Reich und Städte endlich den Preissturz zu beenden, statt ihn zu verhindern. In dieser Forderung kommt es trotz der Klarheit darüber, daß ein derartiger Schritt den ohnehin überlasteten Gemeinden sehr schwere Realitäten bringt, es glaubt aber, daß diese Realitäten aus dem Standpunkt der Gemeinde ausgetragen werden müssen und können, weil diese Verluste Erspornisse auf der anderen Seite ermöglichen und weil ohne Preissturz schlimmste Störungen des Wirtschaftslebens drohen. Das Gewerkschaftskartell beantragt den Kartellvorstand, dem Magistrat Frankfurt a. M. zu verlangen, unterzüglich beim Reich und dem zurzeit hier tagenden Rassewischen Stadtrat auf einen sofortigen Abbau der Preise zu dringen und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Anmeldung von Auslandsforderungen. Der Termin ist vom 1. Juni bis zum 30. Juni verlängert worden.

Das Erbe des Großherzogs.

Von Walter Reich.

Seine königliche Hoheit der Herr Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar hat geerbt. Großherzöge erben immer. Er erbt ganz nebenbei auch ein Archiv. Dieses Archiv ist laut der Stiftungsurkunde der Großherzogin Sophie „unberührliches Familienvermögen des großherzoglichen Hauses Sachsen-Weimar“. Es heißt: Goethe- und Schiller-Archiv. Ein Mitarbeiter der „Schlesischen Zeitung“ meint: „Der letzte regierende Großherzog von Sachsen-Weimar hat gegenüber den Bestrebungen der Goethe-Gesellschaft nicht ganz jene Teilnahme gezeigt, wie seine Vorgänger.“ In Wahrheit hat seine königliche Hoheit außer durch sein Erbe nämlich keinerlei Beziehungen zu Goethe und Schiller. Wenn aber seine königliche Hoheit gestorben ist, wird man ihn neben Goethe beiseite lassen müssen, damit sein Name nicht vergessen wird. Man hätte Großherzog Wilhelm Ernst längst verheiratet, wenn eben das Archiv nicht wäre. Das Goethe-Schiller-Archiv war und immer etwas. Wir bekennen uns zu jenem Geist, der ringt und sich löst und frei emporschwebt. Wir überschätzen den in Archive gepackten Geist nicht. Wir freuen uns aber über alle Dokumente Goetheschen und Schillerschen Geistes. Deshalb wollen wir das Goethe- und Schiller-Archiv denen erhalten wissen, zu denen die Dichter sprechen: dem Volk und der Menschheit.

Prof. Friedrich Lienhard, den der Kritikerschreiber der „Schlesischen Zeitung“ einen „geschähten nationalen Dichter“ nennt, will das Archiv auch dem Volk erhalten wissen. Er will mit Hilfe des Goethebundes zu einer Einigung in der Archivfrage mit dem Großherzog kommen, der immer noch das formale Recht hat, das Archiv aus Weimar zu entfernen. Also: der Großherzog bleibt Eigentümer des Archivs. Aber: er soll es der Goethe-Gesellschaft zur Verfügung stellen. Außerdem soll er die Weimarer Kunsthallen unterstützen. Dafür erhält er: Ehrenvorsitz der Goethe-Gesellschaft, Ehrenloge im Nationaltheater, Erlaubnis, sein Weimarer Schloß wieder bewohnen zu dürfen.

Lienhards Vorschlag bedeutet: die Weimarer bekommen ihre n Großherzog wieder. Die Weimarer haben kürzlich gegen die moderne Richtung im Direktorium des staatlichen Bauhauses protestiert. Die Weimarer sind Idealisten. Sie glauben, daß die alten Zeiten wiederkehren. Vielleicht mit Hilfe von Sandtrömmeln und Maschinengewehren. Vielleicht aber auch auf dem Umwege über die Kunst. Man erklärt öffentlich, daß es eben ohne die Künsten nicht mehr ginge. Sie müssen wieder die Hoftheater unterstützen und ihre alte Residenz bewohnen. Sie machen in Kunst, sie betreiben Kunst-Politik und schließlich Politik-Kunst. Sie schreiben und werden geschrieben und dann — (Siehe Kapp-Litium.)

In Deutschland haben die Toten mehr Macht als die Lebenden. Die Großherzogin Sophie ist schon lange tot. Sie schrieb ihr Testament zu einer Zeit, da unter den Regierenden noch Kunststörerdige waren. Es ist fraglich, ob sie heute noch ihr Testament aufrecht erhalten würde. Aber das Gesetz und die Behörden tun es. Tun es auch dann, wenn die Lebenden dadurch geschädigt werden.

Man soll die Toten ehren! Schön. Aber wollen wir und unseren Weg vorschreiben lassen von einem Sarg, der lange vermodert ist oder von einem Geist, der ewig über allen Sternen freit?

Umgestaltung des Theaterbetriebes. Die Klagen über die Inzulänglichkeiten des Theaterbetriebes von heute sind allgemein. Die Theater erfordern Mehraufschüsse der Städte und der Länder, und trotzdem werden sie immer mehr Luxusbetriebe und bedeuten kulturell unter dem Einfluß gewandter Ménager auch künstlerisch immer weniger.

Paul Vetter, der diesem Problem in all seiner Rompliziertheit in der „Frankf. Zig.“ nachgeht (Nr. 284), weist mit der Einsicht des Bernusens auf Wege hin, die zur Besserung führen können. Zunächst: „Auf diese Art geht es nicht weiter. Man kann nicht wirtschaftlich reformieren und sozial im alten Stil weiterarbeiten. Man darf sich auch nicht einbilden, einige Volksvorstellungen seien das rechte Mittel, die soziale Ingerichtigkeit des Gesamtbetriebes auszugleichen und zu rechtfertigen. Es ist nötig wirtschaftliche und soziale Struktur in einem unzugestalteten, eines im Hinblick auf das andere innerlich aus dem Bewußtsein des kulturellen Zieltes zu erneuern.“

Als praktische Maßnahmen schlägt Vetter die Beilegung des bisherigen Verkaufs- und Abonnementsystems und seine Ersetzung durch Theatergemeinden vor. Einheitspreise (mit Ausnahme allerorts der Sitzplätze) sollen für alle Plätze gelten und jede Bevorzugung ausschließen. Die Plätze sind am besten durch Verlosung zu verteilen. Einzelnen Organisationen soll die Möglichkeit gegeben werden, starten in größerer Zahl zu betreten; im übrigen wird sich die Theatergemeinde aus sich heraus bilden aus all denen, die den Drang zum Theater fühlen. Der Spielplan brauchte dann nicht bunt zu wechseln, es könnten Serienvorstellungen eintreten. Auf fester finanzieller Basis kann der Theaterkulturwillen zeigen und Schöpferkraft entfalten. Je mehr er künstlerischer Charakter und Persönlichkeitswert sein darf, um so leichter wird es sein, den Epizentrus der Künstler zu bilden, ihnen vorzuehalten das zu geben, was zu fordern sie berechtigt sind, sie aber rückwärts von allem auszuschießen, wozu ihre fachlichen Kompetenzen nicht ausreichen.“

Von dieser sozialen und kulturellen Umgestaltung aus wird das wirtschaftliche Problem zu lösen sein: die Allgemeinheit wird die Zuschüsse leisten (das Kulturtheater kostet Geld), aber für ihre eigenen Interessen. Der Spielplan, dem Amüsamentsbedürfnis und dem Snobismus verbleiben die Privatsubventionen. Staatliche und städtische Theater aber gehören der Allgemeinheit, die nicht nur für sie Steuern, sondern sie auch mit Bewußtsein als die ihrigen erkennen will.“

Die Vorschläge Veters werden in Berlin, der Stadt der großen Volksbühnenbewegung, besonderes Interesse finden. — Die Volksbühne ist ja die organisierte Theatergemeinde.

Mit dem Flugzeuge zum Südpol heißt die Lösung eines englischen Unternehmens, das im Juni Europa verlassen wird. Im Dezember 1920 soll von der Base of Whales am Rande des Ar-

riere-Eises bei günstiger Witterung der Flug nach dem Südpol versucht werden. Das Flugzeug kann nach den Angaben von Prof. Baskin im „Luftweg“ drei Personen, einen Schützen, Proviant für einen Monat und eine photographische Ausrüstung tragen. Die Entfernung bis zum Südpol beträgt 1300 Kilometer. Etwa in 85 Grad südlicher Breite soll eine Zwischenstation errichtet werden, wo der überflüssige Benzinvorrat deponiert wird. Von diesem Depotplatz dürfte der 600 Kilometer entfernte Südpol in ununterbrochener Fahrt erreicht werden können. Das Flugzeug legt in einem Tage dieselbe Entfernung zurück, zu deren Bewältigung man mit Hundeschlitten 83 Tage gebraucht. Die Einrichtungen des Flugzeuges müssen das Fliegen in stürmisch bewegter, von Schneesturmgewittern erfüllter Luft bei Temperaturen von 30 bis 40 Grad Wärme ermöglichen. Besondere Schwierigkeiten wird die richtige Orientierung bei bewölktem Himmel oder Nebel bereiten, weil die Richtkraft der Magnetnadel nachläßt, so daß die Kompassrose eine fünfmal größere Empfindlichkeit aufweisen müssen als bei uns. Da die vereisten Berge am Südpol in ihren höchsten Ruppen bis 4500 Meter und vielleicht noch höher emporsteigen, muß der Flieger bei unsichtigem Wetter bis 5000 Meter aufsteigen.

Das Schicksal des Professors Pawlow. Der berühmte Petersburger Physiologe Pawlow, der äußerst wertvolle Untersuchungen über den Einfluß der Sinnesindrücke auf die Sekretion der Verdauungsorgane angestellt hat, sollte während des Krieges gestorben sein. Es lag aber eine Verwechslung mit einem gleichnamigen Chirurgen vor. Wie die „Landschau“ jetzt berichtet, wurde in der „Science“ ein Brief aus Sibirien veröffentlicht, wonach Prof. Pawlow im August noch in Petersburg lebte. Er hat seine Freunde in Wien, ihm Lebensmittel zu senden, da er am Verhungern sei. Am Schluß des Briefes schreibt er: „Statt Wissenschaft zu treiben, bin ich eifrig am Schalen von Kaviar.“ Seit Januar 1920 ist nichts mehr über Pawlow bekannt geworden.

Es wäre leicht, Kapital gegen die Volkswissenschaften aus diesen Nachrichten zu schlagen. Aber ist das Verbreden der von der Entente beherrschten Welt nicht wahrhaft ungeheuerlich, daß ganz Petersburg und damit auch einen berühmten Mann der Wissenschaft dem Hunger preisgibt?

Das erste päpstliche Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Dezal findet am Montag, 31. Mai, in der Brauerei Hoppoldt, Hofenstraße 22-23, statt. Sponsoring in der Zentralstelle für Volkskonzerte, Augsburgstr. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, im Jagarengelgäßchen von Quich und im Konzertsaal, Eintrittspreise 1 M.

Das Museum für ältere deutsche Kunst, das in dem Neubau auf der Museumsinsel einen Platz einnehmen wird, hat eine erste große Schenkung erhalten. Dr. James Simon hat der staatlichen Museen seine umfangreiche Sammlung von Skulpturen, vorzüglich deutsche und niederländische Arbeiten der Spätzeit und Renaissance, geschenkt. Die wichtigsten Stücke sind zurzeit im Erdgeschoss des Kaiser-Friedrich-Museums ausgestellt.

Der Wienerater Zeitung. Warrer in Osmannstedt, wurde von der philosophischen Fakultät der Universität Jena wegen seiner großen Verdienste um die Erziehung des Lebens der Jenen zum Ehrenbürger ernannt.

Groß-Berlin

Wahlpropaganda für die Dummen. Das alte Schiff.

Horrido — horrido — Wellenberge. Die See tobt schrecklich und schmeißt das arme Schiff hin und her. Die Taus sind gefappt und die Segelröhren flattern an den Masten.

Also, da ist diesmal ein Plakat der Deutschnationalen. (Die Reaktion hat was los mit ihren Schiffen, Leuchtturm- und brandenden Seepflanzern.) Das alte klapprige Schiff soll Deutschland darstellen, nachdem es die feudale Clique bis zum Bruch hinuntergewirtschaftet hat.

Doch das Plakat ist alt und überholt, denn der alte Schiffskapitän Deutschland, den es darstellt, ist an seinen eigenen Unmöglichkeiten zusammengebrochen. Für das neue Deutschland steht wohl auch ein Felsen im Hintergrund, den es mit günstigem Wind umschiffen wird.

Das Sprüchlein.

In den Hänen der beträchtlich ins Breite gehenden Holzplähe im Norden der Stadt liebt die bekannte Leuchtturmreklame der Deutschen Volkspartei. In tausend Meter Front prangen Tüchende von Reproduktionen des auf Handwerkergröße verkleinerten Symbols.

Große Worte, kleine Taten, wer das will, wählt Demokraten.

Zuerst ärgerte ich mich über das Ding. So eine Frechheit, die weiße Vorhaut unserer Minister zu notorischer Schwäche zu stampfen! — Dann aber dachte ich nach: Was tun denn diese „Volks“partei?

Dann verfolgte ich ihr Sündenregister rückwärts von Stinnes zu Kapp-Lüttich, von dem Rastattmord zu den Erzbergerattentaten, vom Tetschenerlah zu Helfferich, dem flotten Ordnungstrafenspieler, von der Inskulptur der Kriegsgeschichte bis zum Zeitungs- und Meinungskauf, von der Handgezeichneten bis zur Annexion belgischer Industrieanlagen und schlimmeren Dingen.

Dunkle Taten, falsche Worte, Volkspartei heißt diese Sorte.

Der Altshändler.

Die Deutschnationale Volkspartei betreibt jetzt neben anderen Aktivitäten eine eigenartige Wahlpropaganda, wozu allerdings eine nicht geringe Ausdauer gehört. Scheinbar besteht bei der Zentrale ihrer Wahlpropaganda eine Abteilung, die sich besonders mit dem Studium des Inzeratentextes der Berliner Tageszeitungen befaßt.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Als Oline wieder einmal auf Sellanraa ankam, brachte sie eine andere Frau mit, und die beiden Frauen und Jnger hatten nun einen guten Tag zusammen. Je mehr Menschen Jnger um sich herum hatte, desto besser und desto schneller hantierte sie mit der Schere und nähte sie auf der Maschine.

Es war recht angenehm, auf Verständnis zu stoßen, und Jnger widersprach Oline nicht. Sie rasselte mit ihrer Maschine, daß es dröhnte, und ließ den Ring an ihrem Finger funkeln.

„Nun siehst du selbst,“ sagte Oline zu der andern Frau, „ist es nicht wahr, daß Jnger einen goldenen Ring bekommen hat?“ „Wollt ihr ihn haben?“ fragte Jnger und zog ihn ab.

arbeitung in deutschnationalem Sinne in Frage kommt, begibt sich ein Propagandist in die Wohnung der Privatleute, die Möbel, Kleidungsstücke usw. zu verkaufen haben. Dieser Hohlworte spiegelt ein lebhaftes Interesse für die zu verkaufenden Gegenstände vor und erklärt den Verkäufern, daß die Gegenstände einen bedeutend höheren Wert darstellen, als der geforderte Preis beträgt.

Wähler! Wählerinnen!

Besucht die

Oeffentl. Wählerversammlungen

am Sonntag, den 30. Mai 1920, vormittags 10 Uhr:

- Vahenhofer Brauerei, Turm, Ecke Stromstraße. Pharusstraße, Müllerstr. 142. Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11. Schulaula, Grünthaler Straße 5. Vahenhofer Brauerei, Fildichstr. 2/3. Gewerkschaftshaus, Engelerstr. 15. Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13. Konfordia, Andraastr. 64. Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“

Referenten: Bohm-Schnack, R. Fischer, Heinig, Heimann, Gehshold, Dittmer, Koblenzer, Niedger, Schlegel, Todenhagen, Ritter, Wachsenheim.

Ferner am Sonntag:

- Bernau. Oeffentliche Volksversammlung, nachmittags 1/2 2 Uhr, im Elysiun. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Warum müssen wir sozialdemokratisch wählen.“ Referent: Reichswirtschaftsminister a. D. Genosse Rudolf Biffell. Eggersdorf (Niederbarnim). Oeffentliche Volksversammlung im „Lindenhof“, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“. Referent: Dr. Sifferich.

ginn mit der Propaganda. Zuerst schildert er die vergangenen herrlichen Zeiten in den schönsten Farben und drückt dem nicht selten erkrankten Privatmann mehrere Flugblätter und Beitrittsformulare zur Deutschnationalen Volkspartei in die Hand mit dem Ersuchen, für die Verteilung in der Bekanntheit zu sorgen, damit wir durch die deutschnationale Vaterlandsliebe besseren Zeiten entgegengeführt werden.

Wer in Erinnerung an die verbrecherische Schuld dieser ganzen Gesellschaft ihren kampfhaften Anstrengungen mehr als ein Lächeln schenkt. Wer ist der Dumme?

24 Stadtbahnzüge in der Stunde.

In Anbetracht der außerordentlich starken Abwanderung der Fahrgäste der Straßenbahnen auf die Stadtbahn ist noch in letzter Stunde vor der Einführung des Sommerfahrplans im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin eine wichtige Änderung des Stadtbahnfahrplans vorgenommen worden.

Hand und lächelte demütig. — „Du darfst ihn eine Weile anbehalten,“ sagte Jnger. „Steh ihn nur an, er geht nicht entzwei!“

Und Jnger war freundlich und gutherzig. Sie erzählte von der Domkirche in Trondheim und begann: „Ihr habt wohl die Domkirche in Trondheim nicht gesehen? Nein, ihr seid ja nicht in Trondheim gewesen!“ Diese Domkirche war gleichsam Jngers eigene Kirche; sie verteidigte sie, prahlte mit ihr, gab Höhe und Breite an, sie sei wie ein Märchen!

Die Frauen mühten aufbrechen. Oline zog Jnger auf die Seite und mit sich in die Vorratskammer hinein, wo, wie sie wußte, die Käse lagen, und machte die Tür hinter sich zu. — „Was willst du von mir?“ fragte Jnger. — Oline flüsterte: „Der Os-Anders wagt nicht mehr hierherzukommen.“ — „Ach so,“ sagte Jnger. — „Ich hab ihm gesagt, er solle es nur wagen, nach dem, was er dir angetan hat.“ — „Ja, ja,“ sagte Jnger. — „Aber er ist seither mehrere Male hier gewesen, und im übrigen kann er gerne kommen, ich fürchte mich nicht vor ihm!“ — „Nein,“ sagte Oline, „aber ich weiß, was ich weiß, und wenn du es willst, werde ich ihn anzeigen.“ — „So,“ sagte Jnger, „nein, das ist nicht nötig.“

Aber es war ihr nicht widerwärtig, daß Oline auf ihrer Seite stand; es kostete sie zwar einen kleinen Ziegenkäse, aber Oline bedankte sich großartig dafür. „Es ist, wie ich sage und immer gesagt habe, Jnger befindet sich nicht lange, wenn sie gibt, dann gebraucht sie beide Hände. Nein, du hast keine Angst vor Os-Anders, aber ich hab ihm nun verboten, dir je wieder unter die Augen zu kommen. Das war das Mindeste, was ich für dich tun konnte.“ — Da sagte Jnger: „Was

äußerste Grenze. In der Richtung Schlesiener Bf.—Charlottenburg werden die Verstärkungszüge der Eskner Strecke, die bisher auf dem Schlesiener Bahnhof endeten und die Vichtenberger Strecke nach Charlottenburg, Westend bzw. Grunewald durchgezogen, deren Gegenzüge in der Richtung Charlottenburg—Schlesiener Bahnhof dann einige Zeit später wie der über die Stadtbahn laufen. Da sich der Stand der Zahl betriebstüchtiger Lokomotiven gebessert hat, so ist die Durchführung dieser Maßregel gesichert; leider aber mangelt es an Wagen, doch soll, wie wir hören, diesem Mangel dadurch abgeholfen werden, daß Personenwagen des Fernverkehrs in die Stadtbahnzüge eingestreut werden. Als eine weitere Neuerung bringt der neue Fahrplan Aufenthalt in den größeren Vorortstationen der über die Stadtbahn gehenden Strecken von einer Minute zum erleichterten Personenwechsel.

Die Arbeiter-Samariter am Wahltag.

Am Tage der Reichstagswahl, sowie der Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin werden die Arbeiter-Samariter eine Reihe von Samariter-Stationen einrichten. Kranken, Greisen, Kriegsbeschädigten, sowie schwangeren Frauen soll die Möglichkeit zur Stimmabgabe gegeben resp. erleichtert werden, indem diese von den noch bekanntzugebenden Stationen je nach Wunsch weibliche oder männliche Samariter anfordern.

Wahlheine für Kriegsverletzte. Einen Wahlheine erhält nach der Reichswahlordnung auch ein eingetragener Wähler, der infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist. Er kann damit seine Stimme in einem beliebigen Wahlbezirk ohne Eintragung in die dortige Wählerliste oder Wählerkarte abgeben.

Die Verjährung der Pöknig.

Wohl keine Gegend in der Nähe Berlins, so lächelt man uns, ist von so romantischem Reiz, wie die Pöknig und die daran anschließenden Seen. Tausende von Ausflüglern, Wanderern und Ruderern finden an ihren Ufern und in den nahen Wäldern Erholung vom Alltagsleben. Diese Naturfreunde wird den Berlinern jetzt auch genommen. Das schmale Wiesenland an der Pöknig wird parzelliert, die einzelnen Grundstücke mit Stacheldraht eingezäunt. Ein Besitzer hat bereits aus Baumstämmen seine Blockhütte errichtet und baut dort seinen Kohl.

Beamten demonstration im Berliner Rathaus. Gestern mittag fand im Berliner Rathaus eine kleine Demonstration von Unterbeamten statt. Es waren in der Hauptstadt Büroausfühler, die in einer Anzahl von etwa 200 Personen erschienen, um während der Magistratsitzung sich sofort Schöbe zu verschaffen. Sie wurden schließlich nach dem Sitzungssaal der Berliner Stadtverordnetenversammlung geleitet, wo sie ihre Wünsche dem Stadtrat vortrugen.

fann es mir ausmachen, wenn er kommt, mir kann er nicht mehr schaden.“ — Oline spitzte die Ohren: „So hast du ein Mittel dagegen erfunden?“ — „Ich bekomme keine Kinder mehr,“ sagte Jnger.

Da standen sie ja auf gleichem Fuß und hatten beide gleich gute Trümpfe. Oline wußte ja, daß der Lappe Os-Anders vorgestern gestorben war.

Warum sollte Jnger keine Kinder mehr bekommen? Sie lebte nicht in Feindschaft mit ihrem Mann, sie waren nicht wie Hund und Katz, weit entfernt! Alle beide hatten ihre Eigenheiten, aber sie stritten sich selten und nie lange, nachher war alles wieder gut. Oftmals konnte auch Jnger wieder wie in den alten Tagen sein und im Stall und auf den Feldern große Arbeit leisten, es war, als ginge sie da in sich und bekomme gesunde Milchkühe. Dann sah Jngs Frau mit dankbaren Augen an, und wenn er zu denen gehört hätte, die sich gleich aussprechen, würde er wohl gesagt haben: „Was? Oh! Was machst du für einen Spah!“ oder etwas anderes Anerkennendes. Aber er schwieg zu lange, und sein Lob kam zu spät.

Sie hätte über fünfzig Jahre alt sein und noch Kinder bekommen können, aber so wie sie ausjah, sich drehte und wendete, war sie vielleicht nicht einmal vierzig. Alles hatte sie in der Anstalt gelernt — hatte sie wohl auch einige Kunstgriffe für ihre Person gelernt? Außerordentlich wohlüberlegt und wohlunterrichtet kehrte sie von dem Umgang mit den anderen Kindermörderinnen heim, vielleicht hatte sie auch dies und jenes von den Herrn gehört, von den Aufsehern, den Ärzten? Einmal erzählte sie Jngs, ein junger Redigier habe über ihr ganzes Verbrechen gesagt: „Warum sollte man einen strafen, wenn man Kinder umbringt, ja sogar gesunde Kinder, sogar wohlgestaltete? Die sind doch nichts anderes als Fleischklumpen.“ — Jngs erwiderte: „War er denn ein Untier?“ — „Er!“ rief Jnger, und dann erzählte sie, wie gut er gegen sie gewesen sei, gegen sie, Jnger, selbst, er gerade habe ja einen andern Arzt veranlaßt, ihren Mund zu operieren und sie zu einem Menschen zu machen.

Ja, jetzt hatte sie nur eine Narbe, und sie war eine recht hübsche Frau geworden, groß, ohne Fressanfaß, mit bräunlicher Haut und dichtem Haarwuchs. Im Sommer ging sie weiß barfuß und hoch aufgeschürzt mit freimütigen Beinen. Jngs sah sie, wer sah sie nicht!

(Fortf. folgt.)

Für die Wehlteilung nach der Gesellenzahl.

Eine vom Bäckerverband einberufene, sehr stark besuchte Versammlung beschäftigte sich gestern mit der Frage, ob die Wehlkontingentierung aufgehoben werden soll. Deßhold führte in seinem Referat aus, daß es bei Kriegsschlus darauf ankam, Arbeit für die zurückkehrenden Gesellen zu schaffen. Groß-Berliner Bäckereien beschäftigten vor dem Krieg 7200 Gesellen, bei Kriegsschlus nur 1500. Mit Hilfe der Kontingentierung, dem System der Zuteilung des Mehls an die Betriebe nach der Zahl der beschäftigten Gesellen, konnten immerhin 5000 untergebracht werden. Anfangs waren die großen Profifabrikanten mit diesem System ganz einverstanden, weil sie pro Geselle und Woche damals 14 Sack zur Verarbeitung erhielten, gegenüber nur 11 Sack für Kleinbetriebe. Die Konjunktionsgenossenschaft aber erklärte vom ersten Tage an, daß sie die Kontingentierung zu Fall bringen wolle. Dabei wurde gerade ihr freies Gestalt, noch mehr Sack als die großen Fabrikannten zu verarbeiten, bis 20 Sack, (Zuruf: Das ist der Dank fehlt!) Später stellte sich auch bei den Fabrikanten die Unzufriedenheit ein, weil mit der Kontingentierung ihr Unternehmergewinn beschränkt wurde. Bei unserer bankrotten Wirtschaft sollte man es überall so machen, daß man möglichst viel Arbeiter beschäftigt und den Unternehmergewinn möglichst beschränkt. Zusammen mit der Konjunktionsgenossenschaft bearbeiteten dann die Fabrikanten die Regierung, und leidet nahmen Reichsarbeitsamt und Reichswirtschaftsamt für sie Partei, ohne die Arbeiterorganisation anzuhören. Die Konjunktionsgenossenschaft, fuhr Deßhold fort, behauptet, ohne Kontingentierung würde das Brot um 15 Pf. billiger sein können. (Gelächter.) Nach unserer Berechnung würden dann an 4,50 Pf. Brotpreis höchstens 5 Pfennig zu sparen sein. Aber auch bei Aufhebung der Kontingentierung würde dem Konsumenten gewiß kein billigerer Preis gemacht werden, weil dann die Kontrolle erschwert wäre. Kreis hat gesagt, bei der Kontingentierung würden die Gesellen durchgefüttert, und der Kommunist Lange hat ihnen vorgeworfen, sie plünderten die Allgemeinheit aus. (Entrüstete Zurufe.) Die Gesellenlöhne waren in Berlin 1917 5,7 Proz., 1918 7,9 Proz. des Brotpreises, nach der Kontingentierung aber waren es 1920 wieder 5,8 Proz. Bei ihrer Aufhebung würde in Berlin mindestens die Hälfte der Gesellen arbeitslos. Wegen die unwahrscheinliche demagogische Art, die Gesellen als Proleten hinguhen, muß auf das allerentschiedenste protestiert werden. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprachen alle Redner im Sinne dieser Ausführungen. Auch ein Vertreter des Zweigverbandes der Bäckermeister erklärte sich für Beibehaltung der Kontingentierung, die er als ein Stück Planwirtschaft bezeichnete. Aus der vor einigen Wochen von der Konjunktionsgenossenschaft zum Protest gegen „Brotverteilung“ einberufenen Versammlung wurde berichtet, daß die Resolution gegen die Wehlkontingentierung keineswegs „einstimmig“ angenommen wurde.

Eine von Deßhold vorgelegte Resolution sagt im wesentlichen folgendes: „Die Versammlung protestiert mit größter Entschiedenheit gegen den Versuch einiger Profifabrikanten und der Konjunktionsgenossenschaft, die Wehlkontingentierung im Bäckergewerbe zu beseitigen. Sie bedauert, daß auch amtliche Stellen im Reichsarbeitsamt und Reichsarbeitsministerium den heimlichen Einflüsterungen der Großbäckereiunternehmer Gehör geschenkt und Meinungsäußerungen und sogar Verfügungen erließen, ohne die am meisten interessierte Arbeiterorganisation, deren Mitglieder die Leidtragenden bei solchen schnellen Entschlüssen sind, auch nur befragt zu haben. Sie drückt tiefste Empörung und Abscheu aus gegenüber der unwahrscheinlichen Behauptung, daß die Kontingentierung das Brot um 15—20 Pf. verteuert, womit man nach höchstem Maaß der Unwillen des Volkes von den Agariern ablenken und gegen arme Arbeiter gerichtet wissen will. Die Wehlkontingentierung ist geschaffen zugunsten der Verschärfung der Kriegsteilnehmer im Geiste der Demobilisationsbestimmungen und in der gleichen sozialen Absicht. Die natürliche Nebenwirkung der Kontingentierung ist die im Volkinteresse liegende genaue Berechnung des Unternehmergewinnes. Krasser kapitalistischer Egoismus, nicht aber Volksfreundlichkeit, ist die Triebfeder der Großbäckereifabrikanten gegen die Kontingentierung. Der Protest ist in Städten ohne Wehlkontingentierung höher als in Berlin. Aus diesen und anderen sozialen Gründen erucht die Versammlung den Reichsberühmungsminister und die sonstigen zuständigen Behörden dringend, die Wehlkontingentierung während der Gemeinwirtschaft des Getreides und Mehles aufrechtzuerhalten. — Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.“

Die neue Autopostkutsche.

Die Reichspost hat den Kraftwagen-Personenverkehr von Potsdam nach Brandenburg eröffnet. Man muß aber über Post lassen. Die Einrichtung klappt tadello. Die marianen Wäcker und Rittergüter lagen von jeher dem Verkehr abgeköhnt da. Gegen 9 Uhr früh, 2 Uhr mittags und 6 Uhr abends zum Anlauf an die Berliner Züge steht auf dem Bahnhof von Potsdam die gelbe Autopost bereit. Schmutz Reht im Innern die Kasse aus. Gediegene Lederstühle laden ein. Ueber jeden Platz ein Gepädneg, die Wände von Rahagonisholz und an der Ecke geschmackvolle Beleuchtungskörper. Die Berliner werden gut um sich Berechtigungscheine à 1 M. telephonisch vorher beim Postamt 2 zu Potsdam zu bestellen. Der Berechtigungschein ist das, was für den D-Zug die Platzkarte ist.

Wo bleibt die Gehaltssteigerung für die Beamten? Aus Beamtenkreisen geht uns folgender Klageruf zu: Große Unzufriedenheit herrscht in Beamtenkreisen darüber, daß den Beamten die ihnen

Entwicklung oder Bürgerkrieg?

Das ist die Frage, die am 6. Juni das deutsche Volk zu entscheiden hat. Ein Reichstag mit allzuviel Kurkritikern, die jede Verantwortung für das Volkswohl fürchten und fliehen, mit starken Rabau- und Putschparteien — der wäre arbeitsunfähig, und nicht friedliche demokratische Entwicklung zum Sozialismus, sondern Krisen über Krisen, Aufstände, Blutbäder, Terror wären unsere Zukunft.

Schafft Euch das Material, um den Volkverberbern überall entgegenzutreten zu können — verbreitet den „Vorwärts“, steigert seine Leset- und Abonnentenzahl, stärkt das Zentralorgan der Partei, die die Kraft, den christlichen Willen und das Verantwortungsgelühl hat, um der sozialistischen Zukunft auf dem geraden Weg der Demokratie entgegenzutreten!

Nach jeder Seite ist ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu senden:

Ich abonniere ab 1. Juni den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10,— M. monatlich.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name _____

Wohnung _____

_____ Straße Nr. _____

zufehenden Gehaltssteigerungen noch immer nicht gezahlt werden. Angeblich soll die Verzögerung dadurch veranlaßt worden sein, daß das preussische Gesetz über die Besoldungsreform der Staatsbeamten noch immer nicht veröffentlicht worden ist, trotzdem es seitens der Landesversammlung schon anfangs Mai verabschiedet worden ist. Vielen Beamten wird es durch diese Verzögerung unmöglich, ihren Urlaub schon in den noch nicht zu teuren Monaten anzutreten.

Erhöhte Entschädigung der Handwerkslehrlinge. Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin hat an alle Innungen, Gewerbevereine und selbständigen Handwerker seines Kammerbezirks ein Rundschreiben ergehen lassen, worin er darauf hinweist, daß infolge der dauernd gestiegenen Preise für alle Lebensbedürfnisse die den Lehrlingen im Handwerk bisher im allgemeinen gezahlten Entschädigungen nicht mehr ausreichend sind. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Lebensverhältnisse ordnungsmäßig zu Ende zu führen, ist eine Erhöhung der Vergütungen unbedingt erforderlich. Der Vorstand der Handwerkskammer empfiehlt daher, die wöchentliche Entschädigung für Lehrlinge, die vom Lehrherrn Kost und Logis nicht erhalten, im ersten Jahr auf mindestens 15 M. festzusetzen und für die folgenden Jahre um wenigstens 5 M. zu erhöhen. Die Vorstände der Innungen und Gewerbevereine sind ersucht worden, ihrerseits in diesem Sinne auf ihre Mitglieder einzuwirken.

Auch diese 15 M. sind nach dem Stand der augenblicklichen Verhältnisse noch immer bescheiden wenig.

„Herrschend Terror“. Die „Rostöcher Zeitung“ ist entrüstet über einen Fall von „Terror“ (wie sie ihn ausspricht), der sich in Mariendorf zugegetragen hat. Der Betriebsrat der Gemeindeverwaltung Mariendorf hatte nämlich die Entlassung mehrerer Pfanzangehöriger beschlossen, die während der Kapp-Tage im dortigen Lebensmittelamt erschienen waren, um den Dienst zu versehen. Die Nachricht ist in dieser Form sehr merkwürdig. Burden die Leute wegen ihrer Arbeit oder wegen ihrer gegenpolitischen Tat entlassen? Sag nicht mit diesem Entlassungsbeschlusse dem Betriebsrat auch eine Streikresolution vor? Die schönen Menschlichkeitsphrasen, die der Zeitung nachgehört werden, sind etwas sehr plump. Gerade in jenen Tagen erlebigen die Verordnungsbehörden ordnungsmäßig, bevor sie in den Streik traten, ihre Findungsarbeiten. Warum konnten sie das in Mariendorf nicht tun? Entweder so oder so, liebe Volk, aber nicht vorne gegen Kapp und hinten für seine Unterstützer.

Rückgang im Pfingstferienverkehr. Ueber den Umfang des diesjährigen Pfingstferienverkehrs auf den von Berlin ausgehenden Fernstrecken sind nunmehr einige zuverlässige Angaben möglich. Von den Berliner Bahnhöfen verkaufte der Stettiner Bahnhof die meisten Fahrkarten und zwar in den Tagen vom 19. bis 22. Mai rund 60 000 Stück; die meisten am Freitag vor dem Fest, wo allein über 20 000 Fahrkarten zur Ausgabe gelangten. Dann folgen in der Reihe der Bahnhöfe Varnhof mit zusammen 43 884, der Schlesische Bahnhof mit 41 077 Karten, wobei der Anhalter Bahnhof am Freitag mit 13 814 und der Schlesische Bahnhof am Sonnabend mit 16 701 die meisten Fahrkarten während der Reisetage veräußerten. Ein auffälliger Rückgang im Fahrkartenverkauf ist auf dem Bahnhof Gesundbrunnen eingetreten, wo an allen Tagen zusammen nur etwa der zehnte Teil der Fahrkarten verkauft wurde als auf dem Stettiner Bahnhof, nämlich 8 891 Fahrkarten. Nach diesem Bahnhof weisen noch die Stadtbahnstationen Zoologischer Garten mit rund 11 000 Fahrkarten, Friedrichstraße mit 12 400 und Alexanderplatz mit 11 085 verkauften Fahrkarten einen erheblichen Rückgang auf. Dagegen haben die Reisebüros mit zusammen 81 062 Stück mehr Fahrkarten verkauft als im Vorjahre. Tragend ist die Zahl der verkauften Karten während der diesjährigen Pfingstferienzeit um rund 35 000 Stück zurückgegangen; es wurden nur 265 685 Fahrkarten verkauft. Die Verkehrsabnahme beträgt also 11 vom Hundert.

Bei den Eisbären. Ein altes Wiener Mütterchen, dessen Enkel aus Norwegen, wohin er mit einem Kinderzuge geschickt worden war, wohl auch von Seeräubern berührt hatte, meinte mit gefalteten Händen: „Das hört i mir net denk, daß i dös Kind no zu dös Eisbären schicken muh.“

In der Protestversammlung gegen den Ausschluß der im Reich lebenden Deutschherrscher vom Wahlrecht werden sprechen: Stefan Großmann, Oberbaurat Stämpfer, Geheimrat von Gerner, Abg. Harimann. Der Beginn dieser im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, Sonntag, den 30. d. Mts. stattfindenden Versammlung wurde auf 11 Uhr 30 mittags festgesetzt.

Lebensmitteldebatte in Potsdam. In der gestrigen Potsdamer Stadterordnetenversammlung wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, dahingehend, den Magistrat zu ersuchen, sofort bekanntzugeben, wieviel Mengen Lebensmittel zur Verteilung noch lagern und durch sofortigen verbilligten Verkauf diese abzuführen und die etwa noch zu hohen Preisen bestellten Waren sofort abzudeckeln. Ferner wurde der Magistrat angefragt, ob er wisse, daß große Mengen Kinderpokelfleisch auf dem Potsdamer Schlachthof ungenießbar geworden seien und die Schlächter sich heute geweigert haben, das verdorbene Fleisch ihren Kunden anzubieten. Der Magistrat versprach, sofort eine Aufstellung über die Lebensmittelvorräte zu machen und den Kreis Rauch-Beleg anzuhalten, sofort frisches Fleisch für Potsdam zu liefern.

Stolpe. In unserem Ort, so schreibt man aus Stolpe Parteikreisen, ist der langjährige Genosse Bergemann, der schon in den schweren Zeiten des wilhelminischen Regiments seine Gastwirtschaft für Versammlungen der Arbeiterchaft zur Verfügung stellte, vor längerer Zeit von der Gemeindevertretung mit Einschluß der U. S. P. zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Er enthielt für die daraus entstehende Mäheverwaltung M. 750,— jährlich. Es ist nun die merkwürdige Feststellung gemacht worden, daß das Lokal unseres altherwürdigen Genossen vom Publikum gemieden wird. So wie die Arbeiterchaft das amtliche, für Gemeindevorsteher vorgesehene Schild am Hause sieht, glaubt sie, an die „falsche Adresse“ gelangt zu sein und verläßt das Lokal. Wir bringen dem Genossen Bergemann nach wie vor unser Vertrauen entgegen und müssen es als einen großen Verlust betrachten, wenn er sein Amt als Gemeindevorsteher infolge Rückganges seines Geschäfts niederlegen würde, und bitten die organisierte Arbeiterchaft, nach wie vor das Parteilokal zu benutzen, wenn sie unseren Ort besucht.

Schmüdow. In der letzten Gemeindevorsteherwahl wurde der Sommerfahrplan für die Uferbahn festgesetzt, die Anzahl der Züge ist bedeutend vermehrt, so daß dieselben Wünschen damit Rechnung getragen wird. — Der Gemeindevorsteher gibt Kenntnis von einem Schreiben der Bahndirektion, worin mitgeteilt wird, daß die Klage gegen die Gemeinde bezüglich Aufhebung des Vertrages fertiggestellt ist, vor Weitergabe ersucht die Direktion um Stellungnahme der Gemeinde, ob sie gewillt ist, das rollende Material zu einem angemessenen Preise zu erwerben, um die Betriebführung in eigene Regie zu übernehmen. Da Schmüdow in Groß-Berlin einbezogen wird, wurde beschlossen, das Schreiben dem Berliner Magistrat zur weiteren Entscheidung vorzuliegen. — Die vorgelegte Rechnungübersicht der Bahnverwaltung pro 1910 weist einen Fehlbetrag von 9218 M. auf. — Der von den Beamten beantragte Vorstoß auf die zu bewilligende Löhnerhöhung wurde bewilligt. — Für die hohe Schule Schwabbe wurden 8000 M. als Zuschuß genehmigt unter der Bedingung, daß die Gemeindeglieder die Rechte der meißelbegünstigten Gemeinde genießt. — Schmüdow wurde dem Bezirk 16 Groß-Berlins (Gepenta) zugeteilt. 50 000 Einwohner. — Hinsichtlich der Kartoffelversorgung sind bereits Verhandlungen gepflogen, so daß in erster Linie für die ärmere Bevölkerung, die sich nicht für den kommenden Winter im voraus eindenken kann, Vorjorge getroffen wird. — Auf eine Anfrage unseres Genossen Schulze, was

der Gemeindevorsteher zur Erlangung der Dackerspessung der bedürftigen Kinder unserer Gemeinde zu tun gedenkt, wird beschlossen, daß sich der Gemeindevorsteher unverzüglich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen hat, um auch der Verelendung der Kinder vorzubeugen.

Vollstimmung in Cyprien! Heute abend 6 Uhr im Stadttheater Roabit, Al-Roabit 48: Große Heimatsfeier.

„Deutsche, die nicht wählen dürfen“. Sonntag, 30. Mai, um 11 1/2 Uhr mittags, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, eine Protestversammlung gegen den von der Entente erzwungenen Ausschluß der Deutschherrscher vom Wahlrecht statt. Es werden namhafte Redner aller Parteirichtungen sprechen. Die Versammlung ist jedermann zugänglich.

Stadttheater Neufähr. Am Montag, den 31. Mai, findet die letzte Aufführung in dieser Spielzeit und zwar „Wilhelm Tell“ in ersterlicher Besetzung statt. Die Titelrolle spielt Theodor Becker. Karten zum Eintrittspreis von 2,50 M. sind in den bekannten Geschäftsstellen erhältlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 29. Mai:

15. Abt. 8 Uhr Funktionär-Sitzung bei Groß, Blumenstr. 88.

24. Abt. 7 Uhr Konferenz aller Parteileute und Vertrauensmänner bei Köhler, Immanuelstr. 25. Jeder muß erscheinen.

31. Abt. 7 Uhr Sitzung familiärer Funktionäre, Vertrauensleute und Wahlleiter bei Goldschmidt, Stolpische Str. 88.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Wahlwandrungen: Ortsgruppe Lichtenberg: Liebenwalde—Wandlitz. Treffpunkt: 4,45 Bahnhof Frankfurt Allee. — Ortsgruppe Süd: Treffpunkt: 6 1/2 Uhr Steintor Barockbahnhof. Nachzügler Sonntag früh 7 1/2, dabei: — Wanderung: Rindorf—Jerpenscheule. — Ortsgruppe Neukölln: Arenseide—Al-Landsberg. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr Briggener Bahnhof. — Ortsgruppe Norden und Osten: Drenth—Stahnsdorf. Treffpunkt Sonntag früh 6,47 Bahnhof Friedrichstraße. — Jungsozialisten heraus!

Charlottenburg. Achtung! Rochmold Elternbeiratswahlen an der 30. (Röden-)Gemeindekirche. In letzter Stunde ist die S.P.D.-Liste noch für gültig erklärt worden. Es findet daher entgegen gelisteter Notiz die Wahl am 30. Mai statt. Wählt daher die Liste der S.P.D., beginnend mit dem Namen Riemede-Ronn Bräunlicher. Für Wahlleiter Treffpunkt Sonntag 8 Uhr vormittags bei Zur, Uhustr. 1.

Wilmerdorf. Sonnabend abend 8 Uhr außerordentlicher Jahrladen der Abteilungen 1, 2, 5, 6, 9 und 11. Sehr wichtige Tagesordnung! Wahlvorbereitungen. Kommt darf der Wahlabend besäumen. Abt. 11 (Riedel) tagt im „Lübinger Hof“, Kaiserplatz 18. Abt. 2 (Hafensee (Ubbe) im Lokal von Sandmann, Westfälische Str. 42. Genosse Kempfer referiert. Abt. 1 (Hafensee (Riedelohn), Joachim-Friedrich-Str. 21 bei Bartuschewitz.

Bautow. Sämtliche Funktionäre 7 Uhr bei Engel, Wühlentz. 47.

Bergfelde. 8 Uhr große öffentliche Wählerversammlung. Thema: „Auf zur Reichstagswahl!“ Referent: Parteisekretär Ritz.

Rahndorf. 7 1/2 Uhr bei Schüte, Vortrag der Genossin Gertrud Hanna.

Achtung! Volkverbandschaft. Vertrauensleute der Post haben sofort Flugblätter abzuholen.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Heute abend 7 1/2 Uhr im Centraljugendheim: Abteilungsleiter-Konferenz. — Schönbauer Bochadt II. Wanderung nach dem Ströbsee. Treffpunkt: 4 1/2 Uhr Bahnhof Schönbauer Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

„U. A. S.“ Am Sonntag, den 30. d. Mts., vormittags 10 Uhr: Versammlung der ehemaligen Angehörigen der U. A. S. in Niems Festläden, Hafenbeide. Wichtige Besprechung, da Angelegenheit mit der Regierung erfolgreich erledigt. U. A. S. Leipzig. — Reichsbund der Kriegsbefehlshaber. Bezirk 3, Süd-Ost. Außerordentliche Bezirksversammlung am Sonntag, vorm. 4 1/2 Uhr, in Schumanns Festläden, Stalger Str. 126. Bericht vom Bundeslag. — Abg. Familienherbette. Sonntag, den 30. Mai: Wahl- und Wahltag von 3—6 Uhr in den Restaurants, Gerichtstr. 12/13 und Adalbertstr. 24.

Soziales.

Der Kerkzestreit.

In dem Streit zwischen den Organisationen der Ärzte und der Rekonfessionen ist das vom Reichsarbeitsministerium angeregte Einigungsamt nunmehr gebildet. Es besteht aus dem früheren Unterstaatssekretär Dr. Caspar als Vorsitzenden, den Ministerialräten Dr. Hamel und Dr. Sghler als amtlichen Beisitzern, sowie je fünf Beisitzern der Arzt- und der Rekonfessionen. Die Verhandlungen beginnen am Montag, 31. Mai, im Reichsarbeitsministerium.

Aus aller Welt.

Der Kanaltunnel wird Wirklichkeit. Der Leiter des englischen Unterhausauschusses für den Bau des Kanaltunnels, Sir Arthur Peell, erklärte in einer Unterredung, daß der Tunnel ungefähr 30 englische Meilen lang, 4 bis 5 Meilen westlich von Dover beginnen und in gerader Linie nach Boulogne, zwischen Calais und Boulogne, führen wird. Er soll aus zwei nebeneinander liegenden Röhren und einem darunter befindlichen Ablauf von 27 Meter Durchmesser bestehen. Bei einer Arbeiterstärke von 2400 Mann (1200 auf jeder Seite) wird die Bauzeit auf 5 Jahre berechnet, die Baukosten auf 30—32 Millionen Pfund Sterling. Bei gleichzeitiger Zuangriffnahme der Arbeiten auf beiden Seiten, hofft man täglich 3000—4000 Tonnen Erdmassen, die größtenteils aus A r e i d e bestehen, auszufrachten zu können. Letztere soll zur Herstellung von Zuansteinen verwendet werden. Die Züge sollen bis zu den Tunnelöffnungen mit Dampf und durch den Tunnel elektrisch getrieben werden. Zwei an den Ründungen zu errichtende Kraftstationen liefern den erforderlichen Strom. Die Durchfahrt wird 1/2 Stunden dauern.

Der Flieger als „Gott“. Seltsame Erlebnisse konnten die beiden Flieger van Ryneveld und Brand, die von England nach Kapstadt geflogen sind, bei ihrer Rückkehr aus Südafrika berichten. „Wir haben auf der Reise großes Glück gehabt“, sagte Ryneveld, „wir brauchten nur ein einziges Mal eine Zwangslandung zu machen, und nur zweimal mußten wir längeren Luftballon nehmen, das eine Mal 10 Tage in Kairo und dann 12 Tage im Besuanenlande. Wir hatten wunderbare Eindrücke. Zwei fliegen wir Stunden auf Stunden über den endlosen Weerespiegel dahin. Dann kreuzten wir tagelang über weiten Wüsten, und schließlich kamen wir Wellen auf Wellen über dichten Urwald hin. Besonders seltsam betäubte es uns, daß wir im Herzen Afrikas Sandungsposten fanden, die für uns vorbereitet waren. Die Eingeborenen betrachteten uns zumeist mit Angst und Schrecken. Das eine Mal hielten sie uns für Götter, die auf einem Wagen aus dem Himmel herniederstiegen seien; sie brachten uns Opfergaben an Früchten und anderer Nahrung und wollten uns anbeten. Als wir in Kapstadt ankamen, waren wir auf unserer Reise im ganzen 100 1/2 Stunden geflogen.“

Flug Rom—Tokio. Die Postnachts Herxona und Rosiero sind auf ihrem Flug Rom—Tokio in Söul in Korea eingetroffen.

Pölandisches Hülswerk. In Amsterdam ist unter dem Namen „Hilfe für das deutsche Kind“ eine Vereinigung gegründet worden,

welche bezweckt, an erster Stelle Lebensmittel nach Deutschland zu senden und erst an zweiter Stelle Geld. Die Lebensmittel werden unter Mitwirkung der niederländischen Konsulin in Deutschland zur Verfügung der Bürgermeister gestellt, mit genau umschriebenen Vorschriften über die Verteilung. Ehrenvorsitzender des Komitees ist der ehemalige Generalgouverneur von Niederländisch-Indien, General Deuth.

Wirtschaftsmittel durch Torpedos. Wie aus New York gemeldet wird, erklärte der Kommandant für das öffentliche Wohlbefinden, Coler, daß die besten Bürger sich rühmen, das Antikalkolgeschick zu umgehen, und daß Spirituosen infolge der Laska-Fest der Behörden überall erhältlich sind. Wie weit sich das Schmelzgesetz bereits entwickelt hat, zeigt ein Bericht aus Detroit. Er beschreibt, wie elektrisch betriebene, mit Alkohol beladene Torpedos täglich von der kanadischen Seite nach dem amerikanischen Ufer des Detroitflusses geschickt werden. Die Torpedos tauchen 100 Fuß und brauchen nur 5 Minuten, um den Fluß zu durchkreuzen. Auf der amerikanischen Seite werden sie gefischt, mit Wasser als Ballast neu gefüllt und zurückgeschickt.

Sport.

Pietro-Scholz gegen Weltmeister Hein. Der durch seine ungleichlichen Erfolge in letzter Zeit mehr und mehr in den Vorder-

grund getretene Pietro-Scholz hat erneut eine Herausforderung an Hein gerichtet, sich mit ihm in einen Kampf einzulassen, dessen Resultat ergeben soll, wer zurzeit der beste Ringer der Mittelgewichtler ist. (Bekanntlich hat Pietro-Scholz die Ueberlegenheit Hein noch im vorigen Jahre zweimal anerkannt müssen.) Hein hat die Herausforderung sofort angenommen und wird der Kampf am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf der Stadtbahn-Treppe stattfinden.

Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin. II. Abt. Sonntag früh 6 Uhr Radtour nach dem Lehnitzsee, nachm. 1 Uhr nach Hermsdorf. Start: Fontanepromenade 18. Mittwoch, 2. Juni, abends 7 Uhr, Abt.-Sitzung im Startlokal. — **Berliner Arbeiter-Radsfahrer-Verein.** I. Abt. 30. Mai, früh 4 Uhr Tempig, mittags 1 Uhr Schmöwitz.

Große Propaganda-Wasserballwettkämpfe veranstaltet der Arbeiter-Sport-Verband (Kreis I) durch den Konal Juni (Einführung Montag und Donnerstag, abends 7 Uhr) im Engelbecken, Luisenpark. — Am Montag, den 31. Mai, spielen folgende Mannschaften: S.-V. Borussia, Nummernburg gegen U.S.B. Neukölln, Kreis Schimmer, Charlottenburg, gegen Repton, Lichtenberg, S. E. Union gegen S. E. Belle; am Donnerstag, den 3. Juni: U. S. B. Neukölln gegen Borussia, Norden I, Repton, Böhmsche gegen Borussia, Neukölln, Borussia, Norden II gegen U. S. B. Nord. Eintrittspreise werden nicht erhoben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Etwas kühler, zeitweise heiler, aber veränderlich, meist trüben, bei Schauern, vorwiegend nördlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz muß einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Zusätze werden nicht erstellt. Alle Anfragen tragen man in der deutschen Sprechweise, Rubrik 1. 1. Sol portiere links, vor. Schriftliche und Besträge sind mitzubringen.

W. H. 47. Rein. Sie können aber auf Grund § 20 Einl.-Steuergef. Ermäßigung des Steuerfußes fordern. — **W. H. 110.** An sich muß Anzeige erfolgen. Der Mietvertrag bedarf aber der Genehmigung des Mietungsbauamt. — **W. H. 11.** 1. Das Amtsgericht Wittenberg. 2. Zwei Exemplare. 3. Ja. — **W. H. 98.** Wenden Sie sich an Ihre frühere Behörde. Im Falle der Bedürftigkeit kann Ihnen eine besondere Beihilfe gewährt werden. — **W. H. 19.** 1. Ja. 2. Rein. — **W. H. 65.** Beantragen Sie die Gewährung von jährlich 150 M. auf Grund des Gesetzes vom 22. 5. 1895 und 19. 5. 1913. Den Antrag können Sie an den hiesigen Gemeindevorstand richten. Außerdem wollen Sie sich an die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden, Berlin-Wilmersdorf, Kassastraße Str. 52/53, und den König-Wilhelm-Verein, Berlin, Nordstr. 84b, wenden. — **W. H. 100.** Unseres Wissens ja. — **W. H. 28.** Ihr Sozials dürfte im Recht sein. Eine Verteilung des Verlustes kann erst nach Auflösung der Gesellschaft stattfinden. — **W. H. 1.** Ja, wenn jedesmal der unmittelbare Besitz übertragen wird. 2. Ja, eine doppelte Besteuerung liegt nicht vor. — **Gertrud Steglitz.** 1. des Deutschen Reiches. — **W. H. 8.** Sie lassen nur nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen über die Unterhaltspflicht. Darüber hinaus können Sie nicht in Anspruch genommen werden. — **Hilme.** Wenden Sie sich an die dortige Gemeindebehörde. Die Grundstücke dürfen nur zu den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Preisen verpachtet werden. — **W. H. 90.** Nach unserer Ansicht hat der Geißliche die Amtshandlung vorzunehmen. Wenden Sie sich an ihn direkt. — **W. H. 612.** Sie können die Privatklage erheben, sind aber berechnungspflichtig. — **W. H. 30.** Rein.

Bezirksverband Groß-Berlin (S. P. D.). Öffentl. Wählerversammlungen am Sonntag, den 30. Mai, vorm. 10 Uhr:

- Pagenhofer Brauerei, Turm-, Ecke Stromstraße.
- Pharmazie, Müllerstr. 142.
- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.
- Schulaula, Grünthaler Straße 5.
- Pagenhofer Brauerei, Fidicinstr. 2/3.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
- Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13.
- Konkordia, Andreasstraße 64.
- Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
„Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“.
Referenzen: Bohm-Schuch, Dittmer, Rich. Fischer, Heinig, Heimann, Heischold, Koblentz, Niedger, Ritter, Schlegel, Todenhagen, Wachenheim.

Achtung zum Friseurgehilfen-Streik!! Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!

Unterstützt die streikenden Friseurgehilfen und -gehilfinen in ihrem Kampfe, indem ihr nur die Abgrenzung der Zentralstreikleitung ausbleibt. Wie wollen arbeiten, damit wir den Kampf gewinnen. Laßt Euch nur da bedienen, wo die goldenen Pfadsteine der Zentralstreikleitung ausbleiben. Wo andere in Betriebe können als nicht geregelt betrachtet werden. Da in den Betrieben höchst 8-150 Kollegen beschäftigt sind, ist eine schnelle Abfertigung garantiert. Die Bedeutung wird von nur erstklassigen Kuchelkern hoptenisch und sauber ausgeführt.

- Zentrum.**
Niederwallstr. 11.
Königsplatz, Alexanderplatz.
Königsplatz 2.
Königsplatz 26 (Vahl-Ecke)
Königsplatz 1.
Unter den Linden 17/18.
Königsplatz, Mittelstraße.
Georgenstr. 24.
- Nordosten.**
Königsplatz 11.
Königsplatz 14.
Königsplatz 15.
Königsplatz 16.
Königsplatz 17.
Königsplatz 18.
Königsplatz 19.
Königsplatz 20.
Königsplatz 21.
Königsplatz 22.
Königsplatz 23.
Königsplatz 24.
Königsplatz 25.
Königsplatz 26.
Königsplatz 27.
Königsplatz 28.
Königsplatz 29.
Königsplatz 30.
- Nordwesten.**
Königsplatz 1.
Königsplatz 2.
Königsplatz 3.
Königsplatz 4.
Königsplatz 5.
Königsplatz 6.
Königsplatz 7.
Königsplatz 8.
Königsplatz 9.
Königsplatz 10.
Königsplatz 11.
Königsplatz 12.
Königsplatz 13.
Königsplatz 14.
Königsplatz 15.
Königsplatz 16.
Königsplatz 17.
Königsplatz 18.
Königsplatz 19.
Königsplatz 20.
- Südosten.**
Königsplatz 1.
Königsplatz 2.
Königsplatz 3.
Königsplatz 4.
Königsplatz 5.
Königsplatz 6.
Königsplatz 7.
Königsplatz 8.
Königsplatz 9.
Königsplatz 10.
Königsplatz 11.
Königsplatz 12.
Königsplatz 13.
Königsplatz 14.
Königsplatz 15.
Königsplatz 16.
Königsplatz 17.
Königsplatz 18.
Königsplatz 19.
Königsplatz 20.
- Südwesten.**
Königsplatz 1.
Königsplatz 2.
Königsplatz 3.
Königsplatz 4.
Königsplatz 5.
Königsplatz 6.
Königsplatz 7.
Königsplatz 8.
Königsplatz 9.
Königsplatz 10.
Königsplatz 11.
Königsplatz 12.
Königsplatz 13.
Königsplatz 14.
Königsplatz 15.
Königsplatz 16.
Königsplatz 17.
Königsplatz 18.
Königsplatz 19.
Königsplatz 20.

Weitere Betriebe werden noch bekanntgegeben. Unterstützt uns! **Lebt Solidarität!**
Die Zentralstreikleitung: Jodel, Schüler, Ratowische, Schwane, Bräule.

Eigenheim-Parzellen.
direkt am Bahnhof Teplitz, besondere günstige Lage, sehr reizvolle Aussicht, hoher kühler, sonniger, Kapitalsanlage, geringe Anzahlung, langjährige Amortisation.
M. Buchholz, Berlin W 8, Jägerstr. 13.

Platin-, Gold- und Silberstücke, Familien Schmuck, Sport- und Rennclocke, Quecksilber sowie alle anderen Metalle laßt zu bekannt höchsten Preisen zum Einschmelzen.
Metallkontor W. John,
SW 68, Alte Jakobstr. 135. Geschäftst. 5-4 II.
Telephon: Moritzplatz 12858

Besonders billige Angebote



- Joppe u. Breeches schöne Muster, haltbare Stoffe 790.— M.
- Jackett-Anzug modernste Form, prima Zutaten 675.—
- Harengo-Sommer-Paletot guter Cheviot, la Ausarbeitung 590.—
- Covercoat-Sport-Paletot Seidenfutter, Ersatz für Maß 890.—
- Summi-Mantel gute Qualität 490.—
- Cutaway u. Weste marango Cheviot, feinste Ausarbeitung 590.—
- Hose für Werktag, kräftige Ware 112.50
- Hose eleganter Streifen, für Cutaway 250.—
- Jackett-Anzug für junge Herren, modernste Formen, Gr. 36 390.—
- Knaben-Anzug Joppe und kurze Hose, für 9-10 jährige Knaben 277.50
- Lüster-Jacketts, nur in größeren Werten vorrätig von . . . M. 49.50 an

BaerSohn
Keine Filialen mehr Nur Chaussee-Strasse 29-30



TROCKENPARFUM
Lebona
Berlin
HAUT CREME
Überall erhältlich

Werkzeugmaschinen

neu und gebraucht



Drehbänke mit Leit- u. Zugspindel in verschiedenen Größen, Bohrmaschinen für Kraft- und Fußbetrieb, Fräsmaschinen, horizontal, vertikal und universal, Revolverbänke in verschiedenen Größen, Fixzenter- und Fraktionspindel-Pressen, Schraubautomaten, Rundschleifmaschinen, universal, Mechanikerbänke und so weiter
verkauft preiswert ab Lager
Felix Kohls, Berlin S 14,
Alte Jakobstr. 66.
Tel.: Amt Moritzplatz 12072, 12073.

Verein d. Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins u. Umgegend.
Den Mitgliedern die technische Ausrüstung, das unferne über Nacht
August Franz
nach langem, schwerem Leben am 30. Mai verstorben ist.
Seine letzten Wünsche sind erfüllt.
Die Einäscherung findet heute, Sonnabend, nachmittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37/39 statt.
Jährliche Beerdigung erwirkt Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines unvergesslichen Mannes, Vaters, Bruders, Schwagers und Großvaters, gebietet **Adolf Hundt**, sage allen unseren innigsten Dank.
Franz Therese Hundt
Wendisch-Borsdorf, Wendenstr. 13.

Orts-Krankentasse der Mechaniker, Optiker u. Verwandten zu Berlin.
Zu der am Montag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im Kaiserhof, Königstr. 24, 2. Etz., stattfindenden
Wahlversammlung
werden die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen.
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für 1919.
2. Abänderung der §§ 2, 15, 19, 20, 30 Abs. 1 und 44 der Satzung.
3. Verschiedenes.
Berlin, 26. Mai 1920.
Der Vorstand:
H. Gause, Vorsitzender.
Aufgaben und Feldwachen, welche die Einsicht in die Akten der Kasse erschweren, werden im Kaiserhof (Schlichtung) stattfinden.
142/7

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sonn. 11-1. Sonnt. 9-11. Frauen- und Kinderklinik, Schöneberg, Schöneberg, Schöneberg, ohne Berufserlaubnis, Teilzahlung.

Ureinsäure
Zur Ausscheidung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutandrang, rotes Gesicht, Hautunreinheiten ist mein Blutreinigungspulver Salfarin seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Sch. 400. Uebel. 3. Schacht. 11.30. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße.

Rauch
Rosen-Kaffee
Invalidenstraße 164, Eckhaus
Brunnenstraße, Nord. 4336.

!!! Geld !!!
für jede Verzinsung, höchste Kapitalverzinsung für Pfandbriefe, Renten, Geldguthaben, Sparkasse, Bausparung, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Altmetalle,
Quecksilber, Zinn, Stahl, Silberbruch usw. laßt zu höchsten Preisen
Metallschmelze, Gröbe 17, neben Betheln (Moritzplatz).

Dynamo- und Spulendrähte
klein und unvollkommen, jedes Quantum, kaufen höchstbillig
Elektro-Büro Lustig & Co., Königsplatz 6222 u. 381.
Ca. 25 000 kg neue I-Träger
N. P. 8, 16, 18, 20, 22, 24 und 28 in Längen von 2,00 bis 14,00 Meter, geben preiswert ab.
Held & Francke, Aktiengesellschaft, Berlin 50 14.

Kriegsanleihe wird mit 64 % in Zahlung genommen.

Auffallend billige Preise!!!

**Jetzt: Polzmäntel 2400, 3900, 5500
Pflanzmäntel 1800, Seidplisch 2900**

= Reise-Ulster =
1a. Qualitäten 275, 350

Herren- u. Damen-Gummimäntel
400, 550, 675

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntags geschlossen!

Kupfer Messing Rotguß Zinn Quecksilber Sämitl. Metalle Platin Gold-Silber-abfälle Zahngebisse
kauft zu reinig hohen Preisen in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße
4. Neukölln Kais.-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannplatz
5. Weidenweg 72 am Baitenplatz

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Iphigenie auf Tauris. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Der Marquis v. Keith. Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Und Pippa tanzt. Sonntag 7 1/2 Uhr: Dame Kobold.

Gr. Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Stella. Sonntag 7 1/2 Uhr: Gahr: Schillings Flucht.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer. Deutsches Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Tosca.

Königgrätzerstraße. 7 1/2 Uhr: Die große Katharina. Komödienhaus. Täglich 8 Uhr: Die Reise in die Mädchenzeit.

Barlinter Theater. 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer. Deutsches Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Tosca.

Die Tribüne. 7 1/2 Uhr: Franziska. Friedr.-Wilhelmst. Th. 7 1/2 Uhr: Der Hutmacher Sr. Dorelli.

Kleines Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie. Dienstag, um 1. Male: Der Leibgarist.

Neues Volkstheater. 7 1/2 Uhr: Die Gewaltlosen. Schauburg. Königgrätzer Str. 121. Nur noch bis 31. Mai.

Reinhold Schünzel in der Vielbeschäftigte. Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Die Rabensteinerin.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Amor auf Reisen. Th. am Nollendorfplatz. 7 1/2 Uhr: Die Logenbrüder.

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies. Max Pallenberg. Familie Schimek.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Täglich 7 1/2 Uhr: Die Raschhoffs.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Täglich 7 1/2 Uhr: Myrrha.

Volkstheater. Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr: Käthe von Hellbronn.

Lessing-Theater. Heute bis Montag. 7 1/2 Uhr: Fran Warrens Gewerbe.

Deutsches Künstler-Theater. bis einschl. 31. Mai keine Lustbarkelsteuer.

Folies Caprice. Eck Friedrich- u. Lindenstraße. Morgen 8 Uhr abends: Letztes Vorstellung.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmüdel. Gartenb. 7 1/2 Uhr: Das Lied d. Liebe.

Casino-Theater. Lotharingerstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Sensations-Erfolg! Der Schläger der Spitzzeit.

Onkel Cohn. Volkstheater in 3 Aufzügen. Preise von 2,70 bis 4,50 M.

APOLLO. Theater. Direkt. James Klein. Mai 1920. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Gastspiel Manuvel.

Natura-Ballett. festsch-phantastisch. „Der Venusberg“ 30 Tänzerinnen.

Circus Busch. 7 1/2 Uhr: Nur noch 3 Tage 7 1/2 Uhr: Das große Circus-Programm.

Admirals-Palast. Fiirt in St. Moritz. Morg. Fiirt in St. Moritz.

Metropol-Kabarett. Allabendlich 7 Uhr: Liesel Siegen. Bolgaroff-Truppe.

Metropol-Kabarett. Allabendlich 7 Uhr: Liesel Siegen. Bolgaroff-Truppe.

Orient. Strausberger Platz. 5 Min. vom Alexanderplatz. Günstigstes Kabarett in Berlin.

Orient. Strausberger Platz. 5 Min. vom Alexanderplatz. Günstigstes Kabarett in Berlin.

Orient. Strausberger Platz. 5 Min. vom Alexanderplatz. Günstigstes Kabarett in Berlin.

Winter-Garten. Täglich 7 15 Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Adi-Haus. Taubenstr. 34 - Ztr. 1052. Marga Rosen, Peter Mann, Toni v. Bukovics.

Adi-Haus. Taubenstr. 34 - Ztr. 1052. Marga Rosen, Peter Mann, Toni v. Bukovics.

Plenterwald. ehem. städt. Eierhäuser. Jeden Sonntag Früh-Konzert bei freiem Entree.

Plenterwald. ehem. städt. Eierhäuser. Jeden Sonntag Früh-Konzert bei freiem Entree.

Varieté-Café Moritzplatz. Granienstr. 53-55. Dir. R. Korant. Künstl. Leit. Hellmuth Berndsen.

Varieté-Café Moritzplatz. Granienstr. 53-55. Dir. R. Korant. Künstl. Leit. Hellmuth Berndsen.

Sonnabend u. Sonntag. 29. Mai 30. Ausstellung von Hunden aller Rassen.

Sonnabend u. Sonntag. 29. Mai 30. Ausstellung von Hunden aller Rassen.

Sonnabend u. Sonntag. 29. Mai 30. Ausstellung von Hunden aller Rassen.

Verlangen Sie. Vioparfa Zahn-pasta. Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate.

MULCUTO. die aus dem feinsten Silberstahl handhoht-geschliffenen MULCUTO-Rasier-Apparate bleiben dauernd brauchbar.

MULCUTO. die aus dem feinsten Silberstahl handhoht-geschliffenen MULCUTO-Rasier-Apparate bleiben dauernd brauchbar.

MULCUTO. die aus dem feinsten Silberstahl handhoht-geschliffenen MULCUTO-Rasier-Apparate bleiben dauernd brauchbar.

MULCUTO. die aus dem feinsten Silberstahl handhoht-geschliffenen MULCUTO-Rasier-Apparate bleiben dauernd brauchbar.

MULCUTO. die aus dem feinsten Silberstahl handhoht-geschliffenen MULCUTO-Rasier-Apparate bleiben dauernd brauchbar.

Reichshall.-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.

Luna-Park am Halensee Terrassen. Einlaß ab 11 Uhr. Attraktionen ab 3 Uhr.

Luna-Park am Halensee Terrassen. Einlaß ab 11 Uhr. Attraktionen ab 3 Uhr.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Elite-Tag. Großes Feuerwerk Konzert Tanz - Réunion im Luna-Palais.

Bekanntmachung

a) die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen, b) die Einreichung von Bezirksverordnetenwahlvorschlägen, c) die Veröffentlichung der Namen der Wähler des Kreiswahlschiffes.

Kauf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 und der Verordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1920, fordere ich die Wahlberechtigten der Wahlkreise I bis VI hiermit auf:

a) Kreiswahlvorschläge, b) Bezirksverordnetenwahlvorschläge in den Wahlkreisen I bis VI, und zwar für jeden Wahlkreis beiderseits, zu dem am 30. Juni 1920 erstmalig stattfindenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin bis spätestens den 6. Juni 1920 bei mir, Stralauer Str. 44/45 (Wahlbureau des Magistrats), einzureichen.

Sie müssen von mindestens 100 im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet werden. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Die Kreiswahlvorschläge müssen die Erklärung enthalten, welchen Stadtwahlvorschläge die bei der Aufstellung der Stadtverordnetenliste nicht berücksichtigten Stimmen zugerechnet werden sollen.

Die in einem Kreiswahlvorschläge benannten Bewerber dürfen auch in dem angeführten Stadtwahlvorschläge benannt werden. Die Benennung in einem Stadt- oder Kreiswahlvorschläge schließt die Benennung in einem Bezirksverordnetenwahlvorschläge nicht aus.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Kreis- bzw. Bezirksverordnetenwahlvorschlag anzufügen.

In Wahlkreisen dürfen die Bewerber in denselben Kreiswahlvorschlägen bzw. in den Bezirksverordnetenwahlvorschlägen nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Verbindung mehrerer Bezirksverordnetenwahlvorschläge muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 10. Juni 1920 bei mir - hier oben - erklärt werden. Die Angabe über den Nachschuß eines Kreiswahlvorschläges an einen Stadtwahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten spätestens am 10. Juni 1920 beim letzten Wahlbureau, Zentral-Wahlamt, Berlin C 2, Stralauer Str. 44/45, eingereicht sein.

Verbindungs- und Nachschuß-Entscheidungen können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Auf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Es sind in erkennbarer Reihenfolge anzuführen (§ 14 der St. O. vom 30. November 1918).

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschläge sind Bescheinigungen von den Gemeindevorständen (Wahlbureau des Magistrats, C 2, Stralauer Str. 44/45) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wahlkreise aufgenommen worden sind.

In jedem Wahlvorschläge soll ein Vertrauensmann benannt werden, der für die Verbindungen mit dem letzten Wahlbureau und dem Stadtwahlbureau, zur Rücknahme des Stadtwahlvorschläges (sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs- und Nachschuß-Entscheidungen) zu beauftragen ist. Jezt die Bezeichnung eines Vertrauensmannes oder dessen Stellvertreter, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Gleichzeitig bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich für den zu bildenden Kreiswahlschiff berufen habe: a) zu Wählern:

- 1. den Stadtverordneten Otto Franke, Berlin N 4, Reckwerfen 11,
2. den Stadtverordneten August Schar, Berlin N 20, Danziger Str. 57,
3. den Stadtverordneten Fortbildungsinspektoren Otto Werten, Berlin N 4, Reckwerfen 11,
4. den Stadtverordneten Maxer Julius Koch, Berlin O 112, Samsonstr. 27.

- b) zu Stellvertretern:
5. den Stadtverordneten Wilhelm Bende, Berlin NW 21, Turmstr. 88,
6. den Stadtverordneten Fritz Brolat, Berlin N 65, Mühlgraben 1.

Berlin, den 26. Mai 1920. Der gemeinsame Wahlfreikommissar für die Wahlkreise I-VI für die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin.

Boehning, Stadtrat. (Tab. Nr. 775 Wahl 1920)

Bekanntmachung

a) die Einreichung von Stadtwahlvorschlägen, b) die Veröffentlichung der Namen der Wähler des Stadtwahlschiffes.

Kauf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 und der Verordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1920, fordere ich die Wahlberechtigten der Wahlkreise I bis VI hiermit auf:

a) die Einreichung von Stadtwahlvorschlägen, b) die Veröffentlichung der Namen der Wähler des Stadtwahlschiffes.

Sie müssen von mindestens 100 im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Die in einem Kreiswahlvorschläge benannten Bewerber dürfen auch in dem angeführten Stadtwahlvorschläge benannt werden. Die Benennung in einem Stadt- oder Kreiswahlvorschläge schließt die Benennung in einem Bezirksverordnetenwahlvorschläge nicht aus.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Stadtwahlvorschläge anzufügen.

In dem Stadtwahlvorschläge darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Verbindung mehrerer Stadtwahlvorschläge und der Nachschuß eines Kreiswahlvorschläges an einen Stadtwahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 10. Juni 1920 bei mir - hier oben - erklärt werden.

Verbindungs- und Nachschuß-Entscheidungen können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

In dem Wahlvorschläge sind die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge anzuführen (§ 14 I der St. O. vom 30. 11. 1918).

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschläge sind außer den vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der angeführten Bewerber Bescheinigungen der Gemeindevorstände (Wahlbureau des Magistrats, C 2, Stralauer Str. 44/45) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wahlkreise aufgenommen worden sind.

In jedem Wahlvorschläge soll ein Vertrauensmann benannt werden, der für die Verbindungen mit dem letzten Wahlbureau und dem Stadtwahlbureau, zur Rücknahme des Stadtwahlvorschläges (sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs- und Nachschuß-Entscheidungen) zu beauftragen ist. Jezt die Bezeichnung eines Vertrauensmannes oder dessen Stellvertreter, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Gleichzeitig bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich für den zu bildenden Stadtwahlschiff berufen habe: a) zu Wählern:

- 1. den Stadtverordneten-Vorführer Dr. Hermann Weyl, Berlin N 24, Köthlinger Str. 34,
2. den Stadtverordneten Adolf Ritter, Berlin SO 16, Mühlgraben 10,
3. den Stadtverordneten Isaac Jastrow, Charlottenburg, Schillerstr. 42,
4. den Stellvertreter Heinrich Weilmann, Berlin-Mitte, Mühlgraben 10.

- b) zu Stellvertretern:
5. den Stadtverordneten Rector Friedrich Schilling, Reckwerfen, Danziger Str. 24,
6. den Oberlehrer Paul Friederisick, Berlin-Schöneberg, Landwehr Str. 5.

Berlin, den 27. Mai 1920. Der leitende Wahlkommissar für die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin.

Wermuth, Oberbürgermeister. (Tab. Nr. 776 Wahl 1920)

Wermuth, Oberbürgermeister. (Tab. Nr. 776 Wahl 1920)

Wermuth, Oberbürgermeister. (Tab. Nr. 776 Wahl 1920)

Wermuth, Oberbürgermeister. (Tab. Nr. 776 Wahl 1920)

Wermuth, Oberbürgermeister. (Tab. Nr. 776 Wahl 1920)

Wermuth, Oberbürgermeister. (Tab. Nr. 776 Wahl 1920)

Große, sehenswerte Möbel-Ausstellung

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Wohnsalons, Dielen, Küchen usw. usw.

Befichtigung lohnend u. erwünscht. Verkauf zu sehr soliden Preisen.

Echte Perier und deutsche Teppiche, Echte Krittale, Porzellane, Kronen, Klübbel u. Sofas in Leder und Gobelin. Kunstmöbel aller Art.

M. Schlewinsky & Co. Berlin C, Dircfenstraße 31 am Bahnhofs Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

Bitte ausschneiden! Hamburser Kolonialwaren-Importhaus bietet sämtliche Lebensmittel an. 87/19. Kaffee, Tee, Vanille, Rosinen, Korinthen, Reis etc.

Ankauf von Juwelen Margraf & Co. G.m. b. H. Kanonenstr. 9

Brillanten. Perlen, Platin-, Gold-Bruch kauft zu gewissenhaften Preisen. „Veritas“, Jägerstraße Nr. 10

Nur 1. Etage Ankauf von Platin-Bruch, Perlen, Brillanten

Juwelen zu höchst. Tagespreis. Berliner Juwelen-Handelsges. m.b.H. Friedrichstr. 168

Neu eröffnet! Ich zahle die höchsten Preise für sämtliche Metalle Kupfer, Messing, Zink, Blei usw.

Stellenangebote. In Sieb und Sand suchen wir zum Verkauf von Juwelen, die in jeder Familie anzufinden sind, bedeutende tüchtige Reisende. Gehalt bis zu 150 M. wöchentlich.

Deutsch. Derby Cognac. Französ. Premier Cognac, Rum, kräftiger Dänen Hoober, schwerer dunkler Tafelrotwein, Bordeaux, Burgunder, Portwein, Malaga, Tarragona, Muskateller, alle führenden Sektmarken, Rhein- und Mosel-, zucker- gesüßter Johannisbeerwein.

Lehrtafelien mit guter handschrift gedruckt. Verlag Berger, 692D Steglitzer Straße 38.

Deutsch-lettischer Friedensschluß.

Kopenhagen, 28. Mai. (M.B.) Das Lettische Telegraphen-Bureau in Riga teilt mit: Die lettische Regierung hat das Friedensprotokoll, das am 5. Mai in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde und das nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, veröffentlicht. Die Hauptbedingungen sind: Deutschland erkennt Lettland als selbständige Staat an, und zwar sofort, nachdem von den alliierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen ist. Sowohl Deutschland wie Lettland verpflichten sich, keine Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindliche Truppenbildung auf ihrem Gebiet zu dulden. Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz aller Schäden, die Lettland angerichtet haben. In Riga wird eine gemischte Kommission die Höhe des Schadenersatzes feststellen. Lettland erhält alles Kriegsmaterial, das den Truppen von dort gehört hatte, ausgeliefert. Deutschland verpflichtet sich, Lettland Waren auf Kredit zu liefern.

Wie M.B. hierzu von zuständiger Stelle hört, sind noch folgende Punkte des Vertrages bemerkenswert: 1. Die oben erwähnte gemischte Kommission wird auch den Wert der von Lettland zu ersetzenden Aufwendungen feststellen, welche mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettisch-lettischem Gebiet gemacht worden sind. 2. Beide Vertragsparteien sichern sich für den gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Befreiung des Rechts der Reisbegünstigung zu. 3. Lettland verpflichtet sich, den Transitverkehr aus Deutschland durch Lettland oder aus anderen Ländern durch Lettland nach Deutschland nicht zu erschweren und keine besonderen Transitabgaben zu erheben.

Frankreich soll Polen retten!

Kein litauisch-russisches Bündnis.

Nach dem Pariser „Zeit Journal“ richtete die polnische Regierung an Frankreich ein Telegramm, das den Ernst der Lage mittel- und am Ende der Woche nachhafter französischer Hilfstruppen ersucht. Nach dem „Journal des Débats“ hat General Bétancourt den französischen Kriegsminister ersucht, um über die militärische Lage der Polen zu berichten und über etwaige Truppenentsendungen nach Polen Bescheid zu lassen. Millerand hatte bereits am Mittwoch eine längere Besprechung mit dem polnischen Volksführer in Paris.

Odessin ist laut „Times“ wieder von der roten Armee befreit worden. Die Flotte der Alliierten hat die Häfen von Odessa und Sebastopol verlassen.

Die litauische Gesandtschaft in Berlin schreibt uns:

Ueber ein Abkommen zwischen Litauen und Russland, von dem die Presse nach einer M.-Redung aus Romo berichtet und nach welcher Litauen ein militärisches Vorgehen gegen Polen und einen eventuellen Antritt gegen Ostpreußen zugesagt hätte, liegen hier keine Nachrichten vor. Die Pressemeldung enthält schon deshalb jeder Wahrscheinlichkeit, weil in Romo selbst keine Verhandlungen zwischen irgendwelchen Kommissaren Ostpreußens und der litauischen Regierung gepflogen wurden. Die einleitenden Verhandlungen über einen Friedensschluß sind auf telegraphischem Wege geführt worden, während dann die weiteren Verhandlungen ausschließlich in Warschau stattgefunden haben.

In unserer Bemerkung zu der hier dementierten M.-Redung stand, Litauen könnte eine Volksabstimmung in Romo und Grodno um so ruhiger entgegensehen, als dort bisher Russland regiert habe. Es müßte natürlich helfen: Polen.

Antipolendemonstration in Beuthen.

Ein Deutscher von einem Franzosen erstochen.

Beuthen (Oberschlesien), 28. Mai. Gegen 9 Uhr abends fanden polenfeindliche Demonstrationen vor dem Hotel Dominion, dem Sitz der Plebiszitkommission, statt. Fast sämtliche Fensterhebeln der unteren Geschosse sind zerstört und die Türen eingeschlagen worden. Der „Grenzzeitung“, dem Organ der nationalen Polen, sind die Fensterhebeln zertrümmert. Grund zu dieser Demonstration war, daß ein Deutscher von einem französischen Soldaten erschossen wurde. Der Franzose hatte sich an einem deutschen Mädchen vergrieffen, das an den Deutschen befreit werden sollte.

Abzug der Senegalesen bevorstehend.

Weil man in Klein-Asien Verstärkung braucht.

Paris, 28. Mai. „Journal“ erklärt, man habe jüngst behauptet, die senegalesischen Truppen seien aus den Rheinländern wegen der deutschen Protestbewegung gegen die schwarzen Truppen abberufen worden. In Wirklichkeit seien diese Regimenter für die Armee der Levante bestimmt, wohin sie vom 10. Juni ab Verstärkung geschickt würden.

Holländischer Protest gegen die Schwarzen im Rheinland.

Amersfort, 28. Mai. (M.B.) Die Vereinigung des „Vereins der Vernunft“ hat eine Resolution angenommen, in der sie ihren lebhaften Abscheu gegen die Verwendung von Roffern und anderen Farbigen in dem Lande von Ant und Segel, die eine Verleumdung für das deutsche Volk darstelle, ausdrückt.

Die Reichsregierung läßt durch die „N. B. N.“ eine längere Erklärung als Antwort auf die jüngst von und gebrauchten amtlichen französischen Rechtfertigungen der schwarzen Truppen veröffentlicht. Diese Entgegnung läßt an Deutschland nichts zu wünschen übrig. Sie führt zuerst eine ganze Anzahl von Sittlichkeitsverbrechen an und bezeichnet den französischen Versuch, in der Frage der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten den Spiel umzudecken, als „dreifachen Panikums“. Es sei nämlich seit der Besetzung eine Vermehrung der Geschlechtskrankheiten um 737 Prozent festgestellt worden.

Keine weitere Verschiebung von Spa.

Die Alliierten gegen Italiens Wunsch.

Paris, 28. Mai. Der „Matin“ erklärt, die alliierten Regierungen hätten sich schon mit der Frage beschäftigt, ob die Konferenz von Spa, wie die italienische Regierung es wünscht, verschoben werden kann. Die allgemeine Meinung sei, daß man unmöglich auf eine Vertagung eingehen könne, weil man dann nicht imstande wäre, die internationale Finanzkonferenz vor dem Herbst nach Brüssel zusammenzubringen, die nur dann nützlich arbeiten könne, wenn die Alliierten Entscheidungen getroffen und so Deutschland mitgeteilt hätten.

Der Wahlkampf.

Parteifunktionäre und Reichstagswahl.

In einer am Freitagabend abgehaltenen, stark besuchten Versammlung unserer Berliner Parteifunktionäre sprach Genosse Eduard Bernstein über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Einleitend führte der Redner aus, daß unsere Partei jetzt in einer schwierigeren Situation ist als bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Anhänger der reaktionären Parteien, die sich nach der Revolution vor uns verkröchten hatten, machen sich jetzt als die schwersten Feinde der Republik bemerkbar. Die Grundzüge unserer Partei sind die alten geblieben. Die Politik, die sie ihren Grundzügen gemäß betreibt, ist die richtige. Wir haben erkannt, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich ist, sofort die sozialdemokratische Republik zu errichten. Das geben auch solche Anhänger der U. S. P. zu, die von politischen und wirtschaftlichen Dingen etwas verstehen. Wenn aber die Errichtung der sozialdemokratischen Republik so weit entfernt ist, so muß es als die nächste und wichtigste Aufgabe betrachtet werden, die demokratische Republik auf sicheren Boden zu stellen. Auch die Arbeiterklasse hat ein hervorragendes Interesse an der Sicherung der demokratischen Republik. Der Bestand der Republik wird durch die putschüftigen Reaktionen und die rechtsstehenden Parteien bedroht. Deshalb gilt für den Wahlkampf die Parole: „Der Feind steht rechts!“ — Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir auch Gegner auf der linken Seite haben. Alle Versuche, mit der U. S. P. eine gemeinsame Front herzustellen, sind fehlerhaft. Im Kampfe können wir unseren Gegnern von links nicht um den Hals fallen. Erneute Einigungsversuche werden der Zeit nach dem Kampfe vorbehalten bleiben müssen. Jetzt müssen wir scharf betonen, was uns von den Gegnern von links trennt.

So schwer auch der Wahlkampf für uns sein mag, so haben wir doch keine Veranlassung, zu verzagen. Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen, nicht nur für die Partei, sondern für das ganze deutsche Volk. Das Schicksal der deutschen demokratischen Republik hängt in der Hauptsache von unserer Partei ab. Das Bewußtsein, für eine große Aufgabe zu kämpfen, erfüllt uns mit der Kraft, die wir brauchen, um den Wahlkampf siegreich zu bestehen.

Der Redner besprach die wichtigsten Aufgaben, die der neue Reichstag zunächst zu erfüllen hat und kennzeichnete die Haltung der einzelnen Parteien. Scharf und rücksichtslos müssen wir den Kampf nach rechts führen. Nach links wollen wir so frühlich wie möglich kämpfen, wenn es uns auch von den linksstehenden Gegnern schwer gemacht wird. Die Kommunisten wollen in den Reichstag einziehen, um ihn zu stören, wenn möglich zu sprengen. Was für eine Politik die Unabhängigen befolgen werden, weiß man nicht. Aber auch sie wollen im Reichstage nicht passiv mitarbeiten. Das ist ein Standpunkt, auf den sich eine starke Partei nicht stellen darf. Macht gibt Verantwortung, und je stärker die Macht, desto größer ist die Verantwortung. Heute, wo die Entscheidung in allen wichtigen politischen Fragen beim Volk liegt, hat die Wahlstimme ein viel größeres Gewicht, wie sie unter dem alten Regime hatte. Es wird unseren Gegnern von links nicht gelingen, uns zu schädigen. Stärker als wir in der Nationalversammlung waren, müssen wir in den Reichstag zurückkehren. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Gewähr gegeben für die Durchführung der sozialen Reformen und die Gesundung unseres Wirtschaftslebens. Auch auf eine Verständigung mit unseren Gegnern von links ist nur zu rechnen, wenn wir stärker in den Reichstag kommen. Wenn wir unsere Anhänger mit dem Bewußtsein erfüllen, daß wir für eine große Aufgabe kämpfen, dann werden wir aus der Wahl so stark hervorgehen, wie sich vielleicht keiner von uns träumen läßt. (Lebhafter Beifall.)

Victor Schiff führte aus: Wir müssen in dieser Situation erste Worte an unsere Parteigenossen in der Regierung richten. Es du sie nicht gelte, daß der Reichspräsident nur ein einzelner von den vielen Todesurteilen, die im Augenblick gefällt wurden, befreit hat. Auch die außerordentlichen Kriegsgerichte und der Belagerungszustand hätten viel früher aufgehoben werden müssen. (Beifall.)

Johannsen teilte mit, daß unsere Agitation in Ostpreußen große Erfolge erreicht hat. Wenn wir überall mit Vertrauen auf unsere Kraft in den Kampf gehen, ist uns der Erfolg sicher.

Bernhard Krüger trat ebenso wie der Vorredner für den entschiedensten Kampf nach rechts ein.

Eduard Bernstein erklärte ebenfalls, daß die Bestätigung der Todesurteile nicht zu billigen ist.

Frans Krüger verwies darauf, daß auch der Parteivorstand sich gegen die Bestätigung der Todesurteile erklärt und gemeinsam mit dem Bezirksvorstand Schritte unternommen hat, um eine baldige Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte und des Belagerungszustandes durchzusetzen.

Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorgehen des Parteivorstandes einverstanden und erwartet, daß die Bemühungen fortgesetzt werden, bis die Forderungen: Keine Todesstrafe, keine Kriegsgerichte, kein Belagerungszustand, erfüllt sind.

Wilson begründet sein Veto.

„Ein unauslöschlicher Fleck auf der Ehre der Union.“

Amsterdam, 28. Mai. Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Präsident Wilson bei der Abgabe des Vetos gegen die Friedensentscheidung der Republikaner, eine solche Art des Friedensschlusses würde ein unauslöschlicher Fleck auf der Ehre der Union sein. Der Friedensvertrag von Versailles enthalte wichtige Bestimmungen, auf die die Entscheidung keine Rücksicht genommen habe. Eine Verletzung des Friedensvertrages durch die Union würde bedeuten, daß man sich zurückziehe und selbständige Interessen zu verfolgen wünsche. Die Entscheidung habe sich um viele wichtige Ziele, für deren Bewirkung die Union in den Krieg gezogen sei, nicht gekümmert.

Prozeß gegen belgische Sozialisten.

Brüssel, 28. Mai. (Eigent. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor den Antwerpener Geschworenen wurde wochenlang gegen den „Sozialisten belge“ wegen seiner antischaunistischen Propaganda im Kriege verhandelt. Alle Angeklagten wurden freigesprochen bis auf den Abg. Jamar. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis, 500 Fr. Geldstrafe und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt. Damit will man ihn um's Mandat bringen. Die Antwerpener Arbeiter sind darüber erregt.

Poincarés Mitschuld am Kriege.

Bricht sich die Wahrheit doch Bahn?

Paris, 27. Mai. Wie jetzt nachträglich bekannt wird, befandete in dem Prozeß wegen der Kapitulation von Reims, der bekanntlich mit der Freisprechung aller angeklagten Offiziere endete, der Major Bonhouze folgende Äußerung des Abg. Desfontaines: „Der Präsident Poincaré hat den Krieg verursacht, er müßte dafür kriegsgerichtlich erschossen werden.“

Strefemann „verneint nicht“.

In Hamburg ließ die Deutsche Volkspartei wieder einmal das Dreigestirn leuchten, das die ganze Buntschönheit dieses Parteigebildes charakterisiert: Herrn von Kardorff, den ehemaligen Freikonservativen, Herrn Dr. Wiemer, den Fortschrittsmann auf Abbruch, und Herrn Strefemann, der schon immer verstanden hat, sich auf der „mittleren Linie“ als politische Quittschmolluste hochzuarbeiten.

Strefemann machte interessante Ausführungen über das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Schwerindustrie. Er sagte:

Wir haben uns nicht zu entschuldigen, daß Schwerindustrie bei uns sind. Wir sind deswegen noch nicht die Partei der Schwerindustrie. Wir verneinen nicht, daß uns von ihnen Mittel für den Wahlkampf zuzuflehen, aber besser von ihnen, als aus Staatsmitteln.

Wenn Strefemann mit den letzten Worten hat andeuten wollen, daß den jetzigen Regierungsparteien für den Wahlkampf staatliche Mittel zuzuflehen, so hat er halt — die Unwahrheit gesagt. Wertvoll aber bleibt sein Zugeständnis, daß die Deutsche Volkspartei ihren Wahlkampf auf die Mittel der Schwerindustrie — und wir fügen hinzu: allein auf die Mittel der Schwerindustrie — gründet. Es würde Herrn Strefemann schwer werden, diese Tatsache zu verneinen, denn Herr Stinnes würde nicht an sechster Stelle auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei stehen, wenn er nicht das Portemonnaie der Partei wäre. Ihm ist gelungen, was der Direktor der Spiritusinteressenten sich durch allzu große Offenherzigkeit versichert hat: sich durch Erlegung der Wahlkosten ein sicheres Mandat der Deutschen Volkspartei zu erkaufen.

Hergt unauffindbar!

Drei Tage ist es nun her, daß der „Vorwärts“ die für die Deutschnationalen Partei schwer belastende Unterredung veröffentlichte, die am 18. März zwischen Genossen Heilmann und dem deutschnationalen Parteivorsitzenden Hergt stattgefunden hat. Zwei Tage lang schwiege die reaktionäre Presse dazu, dann endlich brachte die Deutschnationalen Parteikorrespondenz die schärfste Erklärung, daß Herr Hergt im Westen auf einer Agitationsreise begriffen sei und sich daher nicht äußern könnte. Seitdem sind weitere 24 Stunden vergangen und Herr Hergt hat noch immer nicht die Sprache gefunden. Wir sprechen gar nicht davon, daß Telegraph und Telefon nach Rheinland und Westfalen, wie wir uns mehrfach überzeugen konnten, tadellos funktionieren. Nein, auf brieflichem Wege hätte es Herrn Hergt inzwischen möglich sein können, die deutschnationalen Presse von dem zu verständigen, was er zu diesem Gespräch zu bemerken hat, — falls er es nämlich gewollt hätte!

Das Schweigen des Herrn Hergt läßt sich nicht anders erklären, als daß er sich absichtlich verborgen hält und unauffindbar gemacht hat, um nicht vor den Wahlen über dieses ihm sehr peinliche Gespräch Rede und Antwort stehen zu müssen. Die „Agitationsreise“ des Herrn Hergt nimmt danach den Charakter einer Flucht an, die man im Gegensatz zu der sonst bekannten Flucht in die Öffentlichkeit eine „Flucht aus der Öffentlichkeit“ nennen muß.

Deutschnationale Messerstücke.

Von einem jugendlichen Parteigenossen wird uns folgende Illustration über den zurzeit herrschenden multergültigen Ton und die guten Manieren auf einer deutschnationalen öffentlichen „Soll“-Sammlung zur Verfügung gestellt:

In einer gestern abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung der Deutschnationalen „Volkspartei“ in der 9. Realstraße, Badstraße 22, warteten es verschiedene Mitglieder des Vereins „Arbeiterjugend“ Zwischenrufe zu machen, worauf ihnen die Worte „Lausejungen“, „Verbrecher“ an den Kopf flogen. Am Schluß der Versammlung gingen plötzlich die Lampen aus und die Zwischenrufer wurden die Treppe hinuntergeworfen. Einer von ihnen erhielt mit einem Spazierstock mehrere Schläge über den Kopf, ein anderer Messerstücke in den linken Arm, so daß er auf der Unfallstation verbunden werden mußte.

Es geht doch nichts über gute Erziehung, die die Deutschnationalen bestmöglich in Erbpacht genommen haben und womit sie auf „Volks“-Versammlungen in der geschicktesten Art zweifellos die größten Erfolge erzielen werden.

Keine Franken, sondern Mark!

Die Saararbeiter wollen deutsches Geld.

Saarbrücken, 28. Mai. Die Arbeitsgemeinschaft der Saarindustrie beschäftigte sich heute in einer Sitzung mit der bevorstehenden Einführung der Frankenteilung auf den Saargruben. In einer mehr als zweistündigen Debatte sprachen sich die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer vorläufig entschieden gegen die Einführung der Frankenteilung aus, wobei hauptsächlich als ausschlaggebend der wirtschaftliche Zusammenhang mit Deutschland angeführt wurde.

Programmatisches Interview Giolittis.

Will er wieder Ministerpräsident werden?

Rom, 28. Mai. (M.B.) In einem programmatischen Interview mit einem Mitarbeiter der „Stampa“ stellt Giolitti jetzt beinahe in aller Form seine Kandidatur für die nächste Regierungskrise auf. Giolitti gibt in seinem neuen Programm die Forderung einer Strafverfolgung der interventionistischen Regierung von 1915 und ihrer unfähigen Nachfolger auf. Er legt den Nachdruck auf die innere Politik, insbesondere auf die sozialen Fragen. Das Programm ist im wesentlichen eine Verhärterung von Rittis Plänen.

Die russische Nordliga.

Todesurteil gegen den Hauptschuldigen.

Kopenhagen, 28. Mai. Nach hiesigen Mitternachtsmeldungen aus Stockholm wurde in dem großen Nordprozeß gegen die sogenannte russische Liga das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Sobolew wurde zum Tode verurteilt, die übrigen fünf Angeklagten erhielten Zwangsarbeit von 2½ bis 10 Jahren.

Ungarn unterzeichnet den Dislokationsvertrag. Der Millionen Pögnaren unter Fremdherrschaft stellt und dem Lande nur noch Getreideboden ohne Röhre, ohne Wälder, ohne Kühe läßt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitnehmervertreter des Reichswirtschaftsrats.

Die durch die Zentralarbeitsgemeinschaft zu benennenden Arbeitnehmervertreter zum vorläufigen Reichswirtschaftsrat, und zwar 21 Arbeitnehmervertreter der Industrie, 16 des Handwerks und 10 Arbeitnehmervertreter nach räumlicher Gliederung, sind folgende:

21 Arbeitnehmer-Vertreter der Industrie aus zentraler sachlicher Gliederung.

Legien, Carl, Drechsler, Berlin; Cohen, Adolf, Mechaniker, Berlin; Wissell, Rudolf, Schlosser, Berlin; Saltrusch, Friedrich, Tischler, Berlin; Grünzel, Hermann, Glasarbeiter, Berlin; Sack, Heinrich, Fabrikarbeiter, Hannover; Eube, Paul, Maschinist, Berlin; Wieber, Franz, Metallarbeiter, Duisburg; Stühmer, Heinrich, Schneider, Berlin; Sadert, Eduard, Brauer, Berlin; Schrader, Fritz, Zimmerer, Hamburg; Jädel, Hermann, Textilarbeiter, Berlin; Berg, Christian, Fabrikarbeiter, Hannover; Larnow, Fritz, Holzarbeiter, Berlin; Stähler, Gustav, Fabrikarbeiter, Hannover; Mahler, Heinrich, Lederarbeiter, Berlin; Bruns, Conrad, Fabrikarbeiter, Berlin; Schweitzer, Otto, techn. Angestellter, Berlin; Werner, Georg, techn. Angestellter, Berlin; Klinge, Franz, techn. Angestellter, Berlin; Brauer, Theodor, Verbandssekretär, Köln a. Rh.

16 Arbeitnehmervertreter des Handwerks.

Kreil, Heinrich, Metallarbeiter, Berlin O 27; Simon, Josef, Schuhmacher, Nürnberg; Diermeier, Josef, Fäbber, Hamburg; Knoll, Alexander, Steinseher, Berlin; Horst, Richard, Bauarbeiter, Karlsruhe; Schumacher, Mathias, Holzarbeiter, Berlin; Umbricht, Paul, Drechsler, Berlin; Andrich, Richard, Lithograph, Königsberg i. Pr.; Spiegel, Karl, Metallarbeiter, Düsseldorf; Wiedberg, Josef, Maurer, Berlin-Lichtenberg; Kutschkeid, Heinrich, Tischler, Köln a. Rh.; Camman, Gerhard, Bismarckarbeiter, Düsseldorf; Reustedt, Franz, Mechaniker, Berlin; Börner, Guido, Textilarbeiter, Chemnitz; Kuhl, Eberhard, Tischler, Breslau; Hemminger, Karl, Buchbinder, Stuttgart.

10 Arbeitnehmer-Vertreter der Industrie nach räumlicher Gliederung.

Thomas, W., Metallarbeiter, Mainz; Lins, Bernhard, Fabrikarbeiter, Berlin; Zieslitz, Alfred, Schlosser, Berlin; Combeder, W. Dr., technischer Angestellter, Magdeburg; Kaufhäuser, Siegfried, technischer Angestellter, Berlin; Leonhard, August, Werkmeister, Düsseldorf; Lico, Georg, Verbandssekretär, Berlin-Lankwitz; Effert, Johann, Bergmann, Bergdorf-Sieg, Ditt, Bernhard, Textilarbeiter, Düsseldorf; Dredemann, Johann, Techniker, Berlin.

Eine Auffstellung der durch die Zentralarbeitsgemeinschaft zu benennenden Arbeitgebervertreter liegt noch nicht vor.

Der Streik im Friseurgewerbe.

Die Schuld der Arbeitgeber.

Die Zeitung des Interessenverbandes der Arbeitgeber versucht alles andere, als den Streik zu beenden. Hat man vorher die Gehilfenschaft mit wochenlangen Verhandlungen hingenommen, so will man diese Verschleppungstaktik auch jetzt befolgen, in dem Glauben, die Gehilfenschaft durch einen langen Streik zu schwächen und wankelmütig zu machen. Auf der anderen Seite hat man die Gehilfen vom ersten Tage an bei Ausübung ihres Ausübungsrechts provoziert. Hat doch sogar der Arbeitgeber Ehler aus der Dirschstrasse sich in einer Meisterbesammlung damit gebrüht, den Gehilfen mit dem Revolver entgegenzutreten zu sein. Dann läuft man zum Polizeipräsidenten und führt Klage über den Terror der Gehilfen. Die Zentralstreikleitung, die einem Ruhe des Polizeipräsidenten gefolgt war, lehnte ganz entschieden ab. Veranlassung zu irgendwelchen Ausschreitungen gegeben zu haben, alles war vielmehr auf das Konto der provozierenden Arbeitgeber zu buchen. Die Gehilfenschaft war am Donnerstag nach einem Bericht der Zentralstreikleitung erbittert über die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber sollen nicht denken, daß sie eine Friseurgehilfenschaft der Vorkriegszeit vor sich haben. Es wird abzuwarten sein, was für eine Stellung die Arbeitgeber in den nächsten Tagen einnehmen werden. Die Streikleitung hat vom ersten Tage betont, daß sie zu Verhandlungen bereit ist, aber man soll die Zeitung ihrer Kollegen nicht allzu schwer machen, da man dann letzten Endes für nichts mehr garantieren kann.

Es wurde irrtümlich ein fliegender Haarbretterbetrieb Habsburger Hof, Rasanischer Platz 1, angegeben. Wir widerrufen dieses. Die Zentralstreikleitung, Jobel.

Auf Ansuchen des Arbeitnehmer-Verbandes der Friseure und des Haargewerbes hat sich der Reichsarbeitsminister zur Einsetzung eines besonderen Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium bereit erklärt, falls beide Parteien sich dem zu fällenden Schiedsspruch im voraus unterwerfen. Der Interessenverband der Friseure Groß-Berlins hat seine Zustimmung bisher noch nicht erteilt.

Der Schiedsspruch für die Angestellten der Lederwirtschaft. Die Unternehmer der deutschen Lederwirtschaft haben es seit Ausbruch des Krieges 1914 musterhaft verstanden, ihre Kapitalprofite auf Kosten des werktätigen Volkes auf das Unerhörteste zu erhöhen. Trotz glänzender Konjunkturgewinne kam im letzten Tarifvertrag Januar 1920 für die Angestellten nur eine Lohnerhöhung von 50 Proz. als tarifliche Bereinbarung zustande. Inzwischen sind die Lebensmittelpreise und die Preise für sonstige wichtige Bedarfsartikel weiterhin außerordentlich gestiegen und verlangten die Angestellten der Lederwirtschaft entsprechend den heutigen Lebensverhältnissen einen Lohnzuschlag von 100 Proz. auf die alten Tariflöhne. Die Forderung wurde von den Arbeitgebern glatt abgewiesen, sie wollten nur eine 20prozentige Erhöhung eintäumen. Daraufhin rief der Zentralverband der Angestellten die Entscheidung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin an. Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden dieser Tage zu Ende geführt. Der Schlichtungsausschuss, in dem sogar Arbeitgeber der Lederwirtschaft saßen, fällte folgenden Schiedsspruch: Für Lehrlinge, Jugendliche und für Angestellte der Gruppe I wird ein Zuschlag von 60 Proz., für Angestellte der Gruppe II ein solcher von 50 Proz., für Angestellte der Gruppe III ein solcher von 40 Proz. zu den alten Löhnen hinzugeschlagen.

Die Angestellten haben in einer öffentlichen Versammlung am 27. Mai sich dem Schiedsspruch schmerzlichen Herzens unterworfen. Es

wird nun von den Arbeitgebern zu zeigen sein, ob auch sie bereit sind, den Schiedsspruch anzuerkennen.

Zum Streik der Winenschiffahrt.

Neuerdings hat der Winenschifferverband beim Reichsarbeitsministerium beantragt, zur Entscheidung über seine Forderungen ein Schiedsgericht einzusetzen, dessen Spruch er sich unterwerfen werde. Der Arbeitgeberverband hat jedoch erklärt, daß er sich mit Rücksicht auf den mit dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Helfer sowie Berufsvereinigungen Deutschlands abgeschlossenen noch laufenden Tarifvertrag an einem solchen Schiedsverfahren nicht beteiligen könne. Auch die beiden letztgenannten Arbeitnehmerverbände lehnen es nach wie vor ab, sich an einem Schiedsgerichtsverfahren mit dem Verband der Winenschiffer zu beteiligen. Bei dieser Sachlage läßt sich ein Erfolg von der Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht erwarten. Es ist aber auch ohnedies mit einer baldigen Beendigung des Streiks zu rechnen, nachdem an verschiedenen Stellen die Schiffahrt bereits wieder im Gange und der Streik sichtlich im Abflauen ist.

Chemische Industrie. Der Schiedsspruch über den neuen Tarifvertrag für die Angestellten der chemischen Industrie ist durch das Reichsarbeitsministerium gefällt worden und mit großer Mehrheit von den Angestellten, als auch vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie angenommen worden. Die letzte Sitzung der Tarifkommission hat jedoch noch nicht stattfinden können, da die Korrekturen des Vertrages noch nicht vorliegen, um die endgültige Fassung des Vertrages festzulegen und die Unterschritte zu vollziehen. Trotzdem soll die erstmalige Gehaltszahlung auf Grund des neuen Vertrages schon zum 31. Mai erfolgen. Der Gewerkschafts- und der Angestelltenklub kündigt nun an, daß der neue Tarifvertrag bereits bei ihm käuflich zu erhalten sei. Es kann dieser Vertrag aus den oben angegebenen Gründen jedoch nur unvollständig sein. Sobald die letzte Fassung fertig ist, wird der vollständige Vertrag für die chemische Industrie bei uns zu erhalten sein. Arbeitsgemeinschaft freier Einzelstellendenverbände, Berlin SW 61, Velle-Alliance-Str. 7/10.

Die Löhne der Angestellten bei der Schmöckwitzer Uferbahn.

Wir erhalten von einem Vorwärts-Feier folgende Auskunft: Allen, die des Sonntags Erholung in unserem herrlichen Schmöckwitz suchen, ist bekannt, daß der Fahrpreis auf der Schmöckwitz-Uferbahn von 50 Pf. auf 1 M. gestiegen ist. Wenn er nicht so hoch wäre, würde dieser enorme Aufschlag zum großen Teil mit den Lohnforderungen der Angestellten, und manches bittere Wort müßten diese von unwissenden Fahrern, die über den hohen Fahrpreis empört sind, einstecken. Darum ist es wohl angebracht, die Löhne einmal der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Noch in diesem Jahre bezogen die Angestellten ein Monatsgehalt von 380 M. Am 1. März brachten sie es mit Hilfe des Transportarbeiterverbandes auf 540 M. bei achtjähriger Dienstzeit. Als vor ein paar Tagen eine erneute Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss stattfand, bot die Gesellschaft 100 M. Zuschlag monatlich. Darauf brachen die Vertrauensleute die Verhandlung ab. Ihre Forderung geht dahin, mit den Berliner Kollegen gleichgestellt zu werden. Denn die Verhältnisse sind hier teilweise noch unangünstiger als in Berlin. Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, hat der Betriebsleiter eine Aufstellung angefertigt, worin er nachzuweisen sucht, daß eine vierköpfige Familie sehr gut mit 450 M. im Monat auskommen könne. Jedes weitere Wort dazu ist wohl überflüssig. Bemerkenswert ist nur noch, daß dieser Herr (Salzmann ist sein Name) ja bald ein Krösus sein muß, da er ja dann, weil kinderlos, nur 225 M. im Monat verbraucht.

Rohrleger und Helfer der S.P.D. Am Montag, den 31. Mai, abends 6 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus, Saal 4, eine Branchensammlung statt, in welcher Bericht von den Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages erstattet werden soll. Außerdem steht auf der Tagesordnung ein Meierat über die Reichstagswahlen. Der Referent hierzu — eine unabhängige Parteigröße — ist auf der von der Ortsverwaltung unterzeichneten Versammlungseinladung nicht benannt. Die Rohrleger und Helfer der S.P.D. wollen sich trotz des Risikos dieser Versammlung im Interesse einer gewissen politischen Richtung möglichst zahlreich einfinden.

Brande des technischen Bühnenpersonals. Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelplatz 15, Saal 1, Branchensammlung, Tagesordnung: Die Antwort vom Verband Berliner Bühnenleiter auf unsere einmündige Forderung.

Wärter, Wächter und Erläuterer in den Brauereien. Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, Versammlung bei Schulz, Königsgraben 2. Brande Einzelhandel: Montag, den 31. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Unionsbrauerei, Holtenauerstr. 22-31: Branchensammlung. 1. Soll der Lohnleiter gekündigt werden? 2. Welche Forderungen geltend machen die Arbeitgeber einzuräumen? 3. Diskussion und Beschlußfassung. 4. Bescheidene und Branchenanliegenheiten. Mitgliedsbuch, 10 mitzubringen und dient als Legitimation.

Wirtschaft

Die Not der Kleinbetriebe.

Wir erhielten folgende Einwendung: „Ich war 4 1/2 Jahre im Felde und mußte im Februar d. J. um mein erspartes Geld zu retten, einen kleinen Tischlereibetrieb (6 Gesellen) von meinem Bruder übernehmen. — Der Betrieb ist mit Schulden überlastet, so daß ich bis heute, nach 4 Monaten, noch nicht imstande war, der Steuerbehörde die Aufstellungskosten zu bezahlen. In letzter Zeit nun wird aber nichts mehr gekauft bzw. bestellt. Die fertigen Cooden, die Material und Arbeitslohn getroffen haben, stehen hier, es wird aber allmähentlich Lohn verlangt. Bis Mitte April hatte ich zirka 1100 M. Lohn wöchentlich, jetzt habe ich für dieselbe Arbeitsleistung 1500 M. aufzubringen. Jetzt möchte ich gern wissen, wie Sie sich die Weiterbeschäftigung von 6 Gesellen bei diesen Löhnen ohne Abschlag denken. Die Regierung, die ich wiederholt um Auskunft bat, gibt mir meine diesbezüglichen Schreiben ohne Kommentar zurück. Ich selbst arbeite mit meiner Frau nicht 8, sondern 12 und noch mehr Stunden. Wenn nun der Geselle die Woche 250 M. verdient, so hätte ich doch ebenfalls ein Recht, mit meiner Frau den doppelten Betrag zu beanspruchen. Wer garantiert mir nun diesen Verdienst, und wie denken Sie sich Zahlung der Zinsen und Amortisation der Schulden. Wenn Sie nun die hemmungslose Entfaltung des profitgierigen Unternehmertums geißeln, so möchte ich Ihnen mal auf einige Zeit mein Unternehmen überlassen, vielleicht finden Sie auch Rat, eine zweite Hypothek von 40 000 M., die zum 10. Oktober d. J.

gekündigt ist, zu schaffen, oder Sie veranlassen gütigst, daß der Betrieb voll aufrecht erhalten wird. Es ist ganz leicht, zu rationalisieren, aber unter der heutigen Wirtschaft besser machen und das Erworbene halten, das ist etwas anderes.

Noch eins, wer garantiert denn dem Unternehmer ein sorgenfreies Alter? Angenommen, Sie wissen mir auch keinen Rat zu geben und ich bin im nächsten halben Jahr meine Ruhe los, würden Sie etw. so freundlich sein und mir aus Dank des Vaterlandes für treue 4 1/2-jährige Feldblitzzeit so viel geben, daß meine Familie und ich leben können? Sorgen Sie doch dafür, daß den Millionenären und den Banken die Reservefonds zur Unterstützung der kleinen Unternehmen gefügt werden. — Ich bin nicht mehr imstande, mehr Lohn, als ich jetzt zahle, aufzubringen und muß, wenn kein Ausweg gefunden wird, aufhören, zu fabrizieren. — Jetzt haben Sie das Wort. Mag R., Dobrilugk, N. 2.

Der Einsender war früher Lohnarbeiter. Um sein Spargeld zu retten, übernimmt er in einer Zeit der Hochkonjunktur und glänzenden Gewinne eine Werkstatt und wird Unternehmer. Obgleich bei der Übernahme des Geschäftes die Holzapreise phantastische Höhen erreicht hatten, die Gefahr des Mißsclages also schon in sehr hohem Maße bestand, hat er dennoch das Risiko der Produktion und Spekulation auf eigene Rechnung übernommen. Der Mißschlag ist eingetreten, die zu teuren Möbel sind unverkäuflich, sein Unternehmen ist in Gefahr, und nun fordert er nobelweise, daß ihm als Unternehmer ein sorgenfreies Alter garantiert werden soll. Welche grenzenlose Verwirrung. Wenn jemand Aktien oder Wertpapiere zum höchsten Kursstand kauft und durch Umschlag der Konjunktur Verluste erleidet, hat er dann ein Recht, irgend jemand aus seinem Spielverlust einen Vorwurf zu machen? Doch nur sich selbst! Für den Einsender, dem ausreichendes Kapital nicht zur Verfügung stand, war ein Betrieb mit 6 Gesellen offenbar viel zu groß.

Weil der kapitalschwache Unternehmer Absatzbedingungen nicht ertragen kann und zusammenbricht, weil bei einer großen Zahl von Kleinunternehmern, die nicht auf feste Bestellung, sondern für den großen Markt arbeiten, die Anpassung der Produktion an den wirklichen Bedarf unmöglich ist, da ja der eine vom anderen nicht weiß, was und wieviel er auf den Markt werfen wird, weil die Existenz der Lohnarbeiter, aber auch der Kleinunternehmer unter solchen Bedingungen ständig gefährdet ist, fordert ja gerade der Sozialismus die Befreiung der freien Wirtschaft, d. h. die Einschaltung aller Kleinbetriebe in eine große Produktionsgemeinschaft ihres Wirtschaftszweiges, die sie mit Rohstoffen und Material versorgt, die ihnen Anweisung gibt, was sie zu produzieren haben, die für die Abnahme der fertigen Waren sorgt. Innerhalb einer solchen „Möbelgilde“, die alle Möbelschleier des Reiches umfaßt, findet auch der heutige Kleinunternehmer die ihm fehlende Existenzsicherheit. Er bleibt nicht mehr „Unternehmer“, sondern wird „Betriebsführer“ seines Betriebes und sollte sozial Spielraum behalten, daß für seine Tätigkeit sich entsprechende weite Arbeitsgebiete schaffen lassen. Nur auf diesem Wege wird der jetzigen anarchischen Wirtschaft ein Ende gemacht, die Produktivität aufs höchste gesteigert, werden die deutschen Produktionsmittel vor dem Ausverkauf an die Ausländer geschützt. Also, alle Ihr Kleinunternehmer, entscheidet Euch, die jetzige Wirtschaftskrise macht Euch ernstlich, an die Zukunft zu denken. Nur der Sozialismus kann helfen. — astr.

Eisenzugpreise und Salata.

Infolge des starken Rückgangs der ausländischen Devisen an den deutschen Börsen sind die Exportnotierungen für deutsches Ruheisen, die sich vor sechs Wochen noch um rund 8000 M. pro Tonne höher stellten als die Inlandsnotierungen, nunmehr ganz in die Nähe der letzteren gerückt. Der Berliner Börser-Courier bringt folgende Umrechnung der am 27. April 1920 bekanntgewordenen Exportnotierungen für deutsches Ruheisen um in deutscher Währung auf Grund der Berliner Devisennotierungen vom 25. Mai und verglichen mit den durch Umrechnung gewonnenen entsprechenden Notierungen vom 27. April 1920:

Stabeisen:

Inlandspreis des Eisenwirtschaftsbundes für Mai 1920 pro Tonne 3650 M.	Auslandspreis pro Tonne a 1016 Kilogramm geliefert nach:
	am 25. 5. 20 am 27. 4. 20
Holland 800 Gulden a 13,84 M.	4699, — M. 7392 M.
Schweiz 730 Fr. a 6,19 M.	4518,70 . . . 7541
Dänemark 700 Kronen a 5,84 M.	4088, — . . . 6958
Norwegen 625 Kronen a 6,49 M.	4056,25 . . . 6987
Schweden 575 Kronen a 7,84 M.	4508, — . . . 7180

Wandstabeisen und Universaleisen. Inlandspreis des Eisenwirtschaftsbundes für Mai 1920 pro Tonne 4050 M. Auslandspreis pro Tonne a 1016 Kilogr. geliefert nach:

	am 25. 5. 20 am 27. 4. 20
Holland 850 Gulden a 13,84 M.	4699, — M. 7392 M.
Schweiz 730 Fr. a 6,19 M.	4518,70 . . . 7541
Dänemark 700 Kronen a 5,84 M.	4088, — . . . 6958
Norwegen 625 Kronen a 6,49 M.	4056,25 . . . 6987
Schweden 575 Kronen a 7,84 M.	4508, — . . . 7180

Die vorstehenden Exportnotierungen stehen somit heute schon wesentlich unter den vom Reichswirtschaftsministerium Mitte Mai festgelegten Preisen für Saal- u. Material, die für Stabeisen 5500 M. und für Wandstabeisen 5800 M. pro Tonne betragen. Es entsteht die Frage, welche Einwirkung die hier geschilderte Entwertung namentlich bei weiterer Verringerung des Marktwertes und Unterschreitung der Inlandspreise durch die Exportpreise auf die ersteren haben wird.

Neue Kupferorkommen im Harz. Zwischen Blankenburg (Harz) und Altenbrak wurden neuer Kupferlager von einer ungewöhnlichen Ausdehnung erbohrt. Die Verhüttung der Erze ergab eine Hochwertigkeit von 15 bis 24 Proz. Der „Saalezeitung“ zufolge versichern die Fachleute, daß nach sorgfältiger Berechnung bei dem neuen Kupferorkommen die Erzeugungsziffer der Mansfeldischen Gewerkschaft erreicht, ja übertroffen werden könne.

Beamt. für den reaktion. Teil: Erich Küster, Tempelhof Nr. 40/41; 23. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 2. Erstes 1. Blatt.

Die neue Auflage

Kommentar zum Betriebsrätegesetz

von Dr. Georg Fiatow

umgearbeitet u. ergänzt auf den Stand vom 11. Mai d. J., mit der Vabordnung u. den Ausführungsbestimmungen der deutschen Staaten, Preis geb. 11 M., brosch. 8 M. u. 20% Feuerungszuschl.

erscheint am Sonnabend, den 29. Mai.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 2.